Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmaack, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pfannkuch u. Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion und Druckerei: Große Münzstraße 8. Fernsprecher 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.30 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährl. 2 Mk monatl. 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: die sechsgespaltene Petitzeile 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Reklameteil Zeile 50 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 890

Nr. 27. **Magdeburg, Freitag den 2. Februar 1906.** **17. Jahrgang.**

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten einschließlich des Romans „Die Kommune“.

Der Bankrott des Hakatismus.

Die schändliche Unterdrückungspolitik, die der herrschende Kurs in Preußen gegenüber der polnischen Nation betreibt, steht sichtbar im Zeichen des Niederganges. Denn dem Lager ihrer Gegner strömen von den verschiedensten Seiten immer neue Anhänger zu. Aus Gründen ihres Prinzips, das die Unterdrückung von Klassen wie von Nationen verdammt und verabscheut, ist die Sozialdemokratie die entschiedenste Gegnerin der amtlich betriebenen hakatistischen Polenhetze. Aus wesentlich andern Gründen — weil die Unterdrückung des Polentums vielfach auch die Unterdrückung des Katholizismus bedeutet — gesellt sich ihr das Zentrum zu; und schließlich werden auch im sogenannten nationalen Lager, das den einzig echten Patriotismus in Erbpacht genommen hat, die Stimmen immer zahlreicher, die gestehen müssen, daß das System der Polenverfolgung — wie jedes System der Verfolgung überhaupt — durchaus verkehrt sei und denen, die es ausüben, weit mehr Schaden zufügt, als jenen, gegen die es sich richtet.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die überwältigende Mehrheit des preußischen Volkes von der Polenhetze nichts wissen will, und daß diese Hetze nur deshalb betrieben werden kann, weil in der preußischen „Volksvertretung“ nicht das preußische Volk, sondern eine kleine bornierte Minderheitsclique die Herrschaft hat. Man müßte demnach annehmen, daß die polnische Bevölkerung Preußens ohne Unterschied der Klasse eine leidenschaftliche Anhängerin des gleichen Wahlrechts sein müßte. Daß aber trotz alledem selbst bei einem unterdrückten Volke das Interesse ihrer Unterdrückerklasse mächtiger ist, als das Volksinteresse selbst, das beweist die Haltung der polnischen Fraktion im Landtag, die zwar immer über Verfolgung jammert, aber allein ihre Hoffnung darauf richtet, daß für sie wieder einmal eine neue glückliche „Admiralski“-Aera anbrechen könnte. Sie erwartet noch immer demutsvoll die Hilfe von oben; sie verzichtet darauf, sich zu dem einzigen Mittel zu bekennen, das ihrem unterdrückten Volke helfen kann, zur Demokratie.

Dennoch bricht sich die Wahrheit über den Polenkurs Bahn. Und als ihre besten Vorkämpfer erweisen sich auch hier wieder die allzu eifrigen Bureaukraten, die schließlich allen vor den Kopf stoßen müssen. Es stellt sich jetzt nämlich heraus, daß das berüchtigte Ansiedlungsgesetz nicht bloß gegen Polen, sondern auch gegen Katholiken gebraucht wird, und die sanfte „Germania“, die doch wahrhaftig nicht gern mit der Regierung anbindet, sieht sich genötigt, wahrhaft erdrückende Beweise zu veröffentlichen für die Willkür, die von hakatistischer Seite im Osten getrieben wird. So wollte z. B. ein deutscher Katholik in Kl.-Rauschken bei der Landbank eine Parzelle kaufen. Man fragte ihn sofort nach seiner Konfession, und als er sich als Katholik bekannte, wurde ihm bedeutet, daß das Stück Land nur für Protestanten zu haben sei. Nach neuren Bestimmungen dürfen Parzellen überhaupt nicht an Katholiken abgegeben werden. Einem Gutsbesitzer, der durch ein Hagelwetter in Not geraten war, wurde eine Unterstützung durch die Regierung nur für den Fall zugesagt, daß er und seine Familie sich schriftlich verpflichteten, ohne Wissen und Willen der Regierung das Grundstück nicht zu verkaufen. Schließlich veröffentlicht die „Germania“ auch dieses amtliche Dokument:

Königl. Ansiedlungskommission
für
Westpreußen und Posen. Posen O, 1, 14. 7. 1905.
I 3 T. Z 10, 440/05.

Ihrem Antrag vom 5. d. M. auf Ueberlassung der Schulstelle in Gr.-Golmkau bedaure ich nicht entsprechen zu können, da in Gr.-Golmkau nur Ansiedler evangelischer Konfession angesiedelt werden.

Der Präsident.
J. V.: (Name unleserlich.)

An den Restaurateur J. P.
in Bromberg.

Bromberg — das ist dieselbe angenehme Gegend, wo man sozialdemokratische Flugblattverbreiterinnen gefesselt durch die Straßen schleppt und im Gefängnis an der Wand ankettet! Man sieht, daß solche russische Praxis nicht bloß für Sozialdemokraten unangenehm ist, sondern daß die ganze Bevölkerung unter ihr leidet. Ist doch das ganze preußische Ansiedlungssystem nichts als eine plumpe Kopie des russischen Ansiedlungs- und Rayonnierungssystems: es ist der Verfassungsbruch in Permanenz. Meinungsfreiheit, Sicherheit der Person, Freizügigkeit, selbst die kapitalistische Freiheit des Eigentums sind vielfach außer Kraft gesetzt, wo die hakatistische Schreckensherrschaft waltet.

Und die praktischen Erfolge dieser Politik? Ueber sie hat kein Geringerer als der Oberpräsident von Schlesien, Graf von Zedlitz-Trützschler, in der schlesischen Landwirtschaftskammer sehr interessante Auskünfte erteilt. Zunächst charakterisierte der Oberpräsident sehr trefflich den vielgerühmten deutsch-nationalen Sinn, der die deutschen Agrarier angeblich beseelen soll. Nach Herrn von Zedlitz geht der deutsche Grundbesitz in Schlesien massenhaft an die Polen über, weil den Preisen, die sie bezahlen, kein deutsches Herz widerstehen kann. Der schlesische Oberpräsident klagte über die Landflucht, die ihren Grund in einer „weit über die Rentenfähigkeit des Grundbesitzes hinausgehenden Steigerung der Grundwerte“ habe. In Posen und Westpreußen — den Hauptsitzen des Hakatismus — ist der Preis des Hektars Land von früher 560 auf 1025 Mark, also um ungefähr 90 Prozent gestiegen. Der Oberpräsident nannte diese Steigerung mit Recht „unnatürlich und ungesund“ und sprach ganz offen von den „Spielgewinnen“, die die glücklichen Verkäufer der eignen Scholle einheimsen. In Schlesien allein sind in den letzten Jahren 10 540 Hektar Land aus deutschen in polnische Hände übergegangen, wogegen nur 6773 Hektar von deutschen Besitzern an die Ansiedlungskommission verkauft worden sind. Unter den 10 540 Hektar aber, die in polnischen Besitz übergingen, sind nicht weniger als 8469, die zuvor deutschen Großgrundbesitzern gehört hatten. So wahren die Herren die „teure angestammte Scholle“, von der sie so gern in hochtrabenden Redensarten sprechen!

Graf Zedlitz hat natürlich das letzte Wort über den polnischen Ausverkauf nicht gesprochen. Aber was er gesagt hat, ist so deutlich, daß die Schlußfolgerung, die daraus gezogen werden muß, klar auf der Hand liegt. Der ganze nationale Schwindel, der im Osten getrieben wird, dient den östlichen Agrariern nur dazu, sich auf Kosten der preußischen Steuerzahler auf die unverschämteste Weise zu bereichern. Das Geschäft ist alles! Was schadet es, wenn der „Polonismus“, der als furchtbare Gefahr an die Wand gemalt wird, durch offensichtlich verkehrte Maßregeln nur gestärkt wird! Was schadet es, wenn obendrein die „nationale Ehre“ des deutschen Volkes durch eine abscheuliche Unterdrückungspolitik, die mit Unrecht in seinem Namen getrieben wird, beschmutzt wird? Der Hakatismus ist heute ein großkapitalistischer Erwerbszweig, der seinen Mann nährt, den polnischen wie den deutschen. Er nährt Grundbesitzer, Wucherbanken, Güterschlächter, Grundstücksmakler ohne Unterschied der Nation, und der einzige Geprellte bei dem Handel ist das preußische Volk, das dabei sein Geld und seinen guten Namen verliert.

Aber schließlich, auch diese Wirtschaft kann nicht ewig währen! Das polnische Volk hat heute alle Trümpfe in der Hand, wenn es seine reaktionären Führer davonjagt und sich gemeinsam mit den deutschen Arbeitern um die Fahne des gleichen Wahlrechts schart. Die Demokratie verbürgt den Frieden und die Freiheit der Nationen im preußisch-deutschen Vaterlande und in der ganzen Welt! —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 1. Februar 1906.

Der Wahlrechtsraub geborgen.

Die Hamburger Pfeffersäcke atmen auf: seit Mittwoch abend ist die Frage des Wahlrechtsraubes am Mittelstand und der arbeitenden Bevölkerung gesichert; zu ihren, der Scharfmacher Gunsten gesichert.

Die Senatsvorlage, die den Arbeitern das ohnehin schon arg beschränkte Wahlrecht so gut wie vollends raubt, ist mit 120 gegen 35 Stimmen angenommen worden. Die Vorlage wäre gefallen, der Raub abgeschlagen worden, wenn statt der 35 sich 39 Opponenten gefunden hätten. Vier Stimmen hüben und drüben entschieden über den Ausgang des achtmonatigen Kampfes; vier Stimmen hüben und drüben haben dem senatorischen Rechtsraub zum Rechtssiegel verholfen.

Es stand auf des Messers Schneide. Das wußten die Wahlrechtsräuber bis zum letzten wortreichen Vertreter der „Mittelstandsinteressen“. In zwölfter Stunde gruben sie daher eine Bestimmung der Geschäftsordnung aus, die die Möglichkeit der geheimen Abstimmung für die Bürgerschaftsmitglieder vorsieht. Der Paragraph ist so gut wie niemals benutzt worden; in der entscheidenden Stunde des Mittwochabend wurde er von denselben Leuten der Vergessenheit entrissen, die für die Wählermassen nicht laut genug die Vorzüge der öffentlichen Abstimmung zu preisen wissen.

Warum das geschehen? In der öffentlichen Begründung beteuerten die Räuber: um die Freiheit der Abstimmung zu sichern, um die Wegelagerer vor dem Boykott der Beraubten zu sichern. In Wahrheit geschah es, um einige Schwankende, die im Geruch des Liberalismus stehen und öffentlich höchst ungern für die Vorlage votiert hätten, insgeheim ins Lager der Räuber hinüberzuziehen und durch sie die erforderliche Dreiviertelmehrheit zu sichern.

Der Plan ist gelungen. In geheimer Abstimmung wider Brauch und Sitte ist der minderbemittelten Bevölkerung Hamburgs, insonderheit der Arbeiterschaft, das bisher gesetzlich gewährleistete Wahlrecht geraubt; hinterrücks ist sie um den größten Teil ihres bisherigen Staatsbürgerrechts betrogen worden. Nicht in offener Entscheidung, nein, aus dem heimlichen Hinterhalt heraus ist sie um ihr Recht geprellt, um ihr politisches Hab und Gut gemeuchelt worden.

Zu welchem Zweck? Um der Sozialdemokratie selbst den kleinen Teil ihres Einflusses und ihrer parlamentarischen Macht zu nehmen, den sie bisher hatte und in Zukunft noch erreichen konnte. Um die Möglichkeit zu erhalten, weitere Verfassungsverschlechterungen jederzeit nach Belieben vorzunehmen. Die Dreiviertelmehrheit, an die Verfassungsänderungen bisher geknüpft waren, ist gefallen. Das Wahlunrecht wird so zugestutzt, daß die besitzenden Klassen unter allen Umständen die Macht in Händen halten, den Rechtsbruch durch den Rechtsspruch zu legitimieren.

Der Schlag gegen die Sozialdemokratie ist geglückt. Sie, die die drei Hamburger Reichstagswahlkreise als eisernen Bestand ihres parlamentarischen Reichsinventars führt, wird in dem Parlament der „freien“ Reichsstadt für geraume Zeit nur über ein kleines Häuflein verfügen, das in den Debatte-Grenzen, die die erdrückende bürgerliche Mehrheit ihm zu stecken beliebt, lediglich in der Kritik, aber nicht im parlamentarischen Schaffen sich betätigen kann. Ueber ein Häuflein zudem, das aus numerischen Gründen keine der weiteren Rechtsräubereien verhindern kann, die die Wächter der kapitalistischen Anarchie zu unternehmen für nützlich finden.

Für geraume Zeit wird dieser Zustand, der jedes Rechtsgefühl erwürgt, andauern. Aber nicht für immer. So wenig die herrschenden Klassen für alle Zukunft auf Bajonetten sitzen können, so wenig gedeiht ihre „Ordnung“ auf dem Boden der Rechtsbrüche. Im Gegenteil. Ein jeder Rechtsraub führt den Beraubten neue Scharen zu, die ihre Klassenlage und die Notwendigkeit der Klassensolidarität bisher nicht erkannten. Die bürgerlichen Leser erfahren aus ihren Blättern, daß der Hamburger Wahlrechtsraub ausgeführt worden sei zu dem Zwecke, um „ein übermäßiges Anwachsen der Sozialdemokratie auszuschließen“. Die Leser der bürgerlichen Zeitungen werden in Jahr und Tag zu ihrer Bestürzung erfahren, daß der Raub diejenigen übermäßig bereichert hat, die er ausplündern sollte.

Und in nicht weiter Ferne wird dann eines Tages den Beraubten das Recht werden, das man ihnen jetzt genommen hat. Aber darüber hinaus mit Zinseszins das volle Recht, ihr Räuber von heute! —

Landtagswahlreform in Oldenburg.

-e- In der Sitzung des oldenburgischen Landtags vom Dienstag gelangten die Anträge der Abgg. Ahlhorn-Osternburg (ein freis. Schullehrer) und Feldhus zur Verhandlung. Während der Antrag des ersteren die Einführung der direkten Wahl zum Landtag verlangte, richtete sich der Wunsch des letzteren auf eine Aenderung der Wahlkreise. Bevor in die Debatte eingetreten wurde, gab der Minister Willich namens der Regierung eine Erklärung ab, die etwa folgendes besagt:

„Die Staatsregierung hat bisher Bedenken getragen, eine Aenderung der Vorschriften über die Landtagswahlen in Angriff zu nehmen, weil sie der Ansicht war, daß ein Bedürfnis dafür nicht vorlag. Nachdem eine Aenderung vom Landtag wiederholt angeregt worden, ist die Staatsregierung bereit, in eine nähere Prüfung der Frage einzutreten, ob und unter welchen Voraussetzungen sie einer Aenderung des Wahlrechts, durch welche direkte Wahlen eingeführt werden, zustimmen kann. Es muß aber hervorgehoben werden, daß sie direkte Wahlen nur dann für angängig wird halten können, wenn gleichzeitig das Wahlrecht, wenn auch fernerhin nicht von dem Besitz der Staatsangehörigkeit, so doch jedenfalls von einem längeren Aufenthalt im Großherzogtum abhängig gemacht wird. Die Frage, ob und in welcher Weise ev. die Einteilung der Wahlkreise zu ändern wäre, muß der weiteren Prüfung vorbehalten bleiben.“

Weiter sprach der Minister den Wunsch aus, von der Staatsregierung jetzt nicht weitere Aufklärung zu verlangen, da die Prüfung noch nicht abgeschlossen sei und sie sich jetzt noch nicht festlegen könne. Die Debatte, an der sich beinahe alle Abgeordneten, zum Teil mehreremal beteiligten, war eine sehr lebhafte. Unsre Genossen griffen besonders tapfer ein. Der Antrag Ahlhorn (Einführung des direkten Wahlrechts) wurde schließlich mit 30 Stimmen gegen sechs Stimmen in namentlicher Abstimmung angenommen. Der Präsident Schröder enthielt sich der Stimme; drei Abgeordnete fehlten. Der Antrag Feldhus (Aenderung der Wahlkreise) wird durch die Erklärung des Ministers Willich für erledigt erklärt. —

Aus der Parteibewegung.

-n- **Ein originelles Versammlungsverbot.** Die Versammlungsverbote in Schwarzburg-Rudolstadt nehmen überhand. Nach dem vorige Woche in Volkstedt stattgefundenen Verbot wurde jetzt wieder eine auf den 27. Januar nach Obstfelderschmiede einberufene Landtagswähler-Versammlung verboten, in welcher der bisherige Landtagsabgeordnete Genosse Venter aus Königsee über die am 16. Februar stattfindenden Landtagswahlen referieren sollte. Das Verbot wurde damit begründet, daß an diesem Tage Kaisers Geburtstag sei und die Versammlung deshalb nicht stattfinden könne. Unsre Genossen brauchen sich bei der Agitation zu den Landtagswahlen nicht über Stoffmangel zu beklagen, die Behörden liefern ihren Beitrag reichlich. —

Nicht bestätigt wurde der Genosse Hug in Bant, der als Beigeordneter in Bant gewählt worden war. Er wird es verschmerzen können, daß ihn Herr Ruhstrat für ungeeignet hält, im Bureau des Banter Gemeinderats zu sitzen. —

Der Kölner Polizeipräsident hat gegen unser dortiges Parteiorgan, die „Rheinische Zeitung", Strafantrag gestellt, weil er sich durch deren Kritik des Kölner Polizeiaufgebotes am roten Sonntag beleidigt fühlt. Genosse Dr. Erdmann ist bereits beim Untersuchungsrichter als Verantwortlicher vernommen worden. Der Polizeipräsident fühlt sich um so mehr gekränkt, als er glaubt, am 21. Januar nur das „Allernötigste" getan zu haben. —

Die Frage der Anstellung von Parteisekretären für Thüringen hat in einer am Sonntag stattgehabten Konferenz ihre Erledigung dahin gefunden, daß zwei Bezirke gebildet wurden. Der erste Bezirk umfaßt die Wahlkreise Weimar 1 und 2, Meiningen 1 und 2 und Sondershausen, eventuell auch Koburg. Der zweite Bezirk umfaßt die Wahlkreise Altenburg, Reuß ä. L., Reuß j. L., Weimar 3 und eventuell Schwarzburg-Rudolstadt. Für den ersten Bezirk wurde der Reichstagsabgeordnete Genosse August Baudert-Apolda, für den zweiten Bezirk Genosse Hermann Leber-Jena gewählt. —

Die Haftentlassung des Genossen Perner, des Redakteurs der „Märkischen Volksstimme", selbst gegen Kautionsleistung ist vom Landgericht Guben abgelehnt worden. Die Richter sollten doch wissen, daß Sozialdemokraten sich einer Strafe durch die Flucht nicht zu entziehen pflegen. Jetzt ist Beschwerde an das Kammergericht eingelegt worden. —

-n- **Die Justiz kann schnell und auch langsam arbeiten.** Am 12. April 1905 erschien in unserm Saalfelder Parteiorgan, dem „Volksblatt", eine Notiz, durch die sich Amtsrichter Keil-Pößneck beleidigt fühlte. Einige Tage später war schon die Vernehmung des Redakteurs Genossen Zorn erfolgt, und am 19. April fand sowohl in den Geschäfts- als auch in den Privaträumen des letzteren eine ergebnislose Hausuc[illegible] nach der [illegible]sser der Korrespondenz statt. Un[illegible] wurde ein [illegible]fahren gegen den Redakteur Reichstagsabgeordneten Hofmann, gegen den Landtagsabgeordneten Seige-Pößneck und gegen eine dritte Person eingeleitet, ebenfalls mit negativem Erfolge. Am 3. November konnte endlich die Verhandlung stattfinden, bei der Genosse Zorn als alleiniger Missetäter zu 75 Mark Geldstrafe verurteilt wurde, während der Amtsanwalt nur 50 Mark beantragt hatte. Der Verurteilte legte am 10. November Berufung gegen das Urteil ein und wurde am 31. Januar 1906, also fast ein Vierteljahr nach der Verhandlung, vom Gericht benachrichtigt, daß der Amtsanwalt ebenfalls Einspruch erhoben und diesen am 18. Januar damit begründet habe, daß bei der Schwere der Beleidigung und bei den Vorstrafen des Beschuldigten die ausgesprochene Strafe (75 Mark) zu gering sei, obwohl er nur 50 Mark beantragt hatte! Da behaupte noch jemand, daß die Wege unsrer Justiz nicht wunderbar seien.

Gewerkschaftsbewegung.

Breslauer Urteile. In Breslau war vor einiger Zeit der Genosse Schlegel, der Beamte des Metallarbeiter-Verbandes, vom Schöffengericht zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt worden, weil er einem Unternehmer, der einen abgeschlossenen Tarifvertrag nicht innehielt, einen Streik in Aussicht stellte. Gegen dieses Urteil legte Schlegel Berufung ein und so kam die Sache am Montag vor der Strafkammer zur Verhandlung. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Simon, plädierte auf Freisprechung, indem er insbesondere auch darauf verwies, daß der § 153 vom Vorderrichter eine Auslegung erfahren, die mit der Vorgeschichte des Paragraphen nicht in Einklang steht und dem Willen des Gesetzgebers widerspricht. Der Staatsanwalt hegte dagegen die Ansicht, die Meinung des Gesetzgebers und die Motive, die die einzelnen Personen leiten, die bei der Beratung eines Gesetzes zum Wort gelangen, könnten für die Rechtsprechung nicht die Bedeutung haben, als der klare Wortlaut des fertigen Gesetzes und die Auslegung, die es bereits durch das Reichsgericht gefunden habe. Schlegel hat zuletzt, das Gericht möge sich nicht die vom Staatsanwalt außerdem noch ausgesprochene Ansicht zu eigen machen, wonach das Interesse des Staates gefährdet werde durch einen Zwang, der auf den Beitritt zu einer ganz bestimmten Organisation gerichtet sei und deshalb eine strenge Bestrafung erforderlich mache. Der Staat selbst übt einen solchen Zwang aus, beispielsweise in bezug auf die Innungen. Das Gericht kam nach langer Beratung zur Verwerfung der Berufung. In der sehr eingehenden Begründung machte sich das Gericht im wesentlichen die Auffassung des Staatsanwalts zu eigen. Die „Volkswacht" hat also recht, wenn sie sagt:

§ 152 der Gewerbe-Ordnung sagt:

Die Arbeiter dürfen sich vereinigen und auch streiken!

Die Breslauer Gerichte aber sagen:

Wenn ihr streikt und davon jemand Mitteilung macht, dann fliegt ihr ins Loch, weil ihr die Unternehmer terrorisiert!

Von Rechts wegen! —

Außerordentlicher Tabakarbeiter-Kongreß.

(Nachdruck verboten.)

Hg. Berlin, 31. Januar 1906.

Bei Beginn der heutigen dritten Sitzung wurde eine Resolution der Tabakarbeiter von Achim zur Debatte gestellt, welche unter Hinweis auf einen entsprechenden Beschluß des Tabakarbeiterkongresses vom Jahre 1893 verlangt, daß ein

Zusammenschluß des Tabakarbeiterverbandes und des Sortiererverbandes

in die Wege geleitet werde. Gerlach-Achim befürwortet den Antrag. Fast jeder Redner habe hier die Notwendigkeit des festen Zusammenschlusses aller Tabakarbeiter betont. Dann müsse man auch die Tat folgen lassen. Beusch-Bremen beantragt die Absetzung des Antrags von der Tagesordnung, da die Frage der Einigung Sache der beiden Organisationen sei. Nachdem Deichmann als Vorsitzender des Deutschen Tabakarbeiterverbandes mitgeteilt hatte, daß die Vorstände der beiden Verbände sich schlüssig geworden seien, bald nach dem Kongreß in dieser Angelegenheit eine gem[illegible]same Sitzung abzuhalten, wird die Absetzung der Resolution von der Tagesordnung fast einstimmig beschlossen.

In der alsdann weitergeführten

Debatte über die Lage der Tabakarbeiter

bespricht

Karl Müller-Ohlau i. Schl. die Verhältnisse in seiner Heimat, wo 1212 Tabakarbeiter, davon nur 86 männliche, beschäftigt seien. Die Organisation habe ganz gute Fortschritte gemacht. Der Verdienst der Zigarrenmacher betrage bei 55 bis 61 Stunden Arbeitszeit 9,50 Mark pro Woche, für Wickelmacher 9 Mark, für Sortierer 18,50 Mark. Die Behauptung des Frhrn. v. Stengel von den gestiegenen Löhnen in der Tabakindustrie treffe für Ohlau jedenfalls nicht zu; eher seien die Verdienstsätze seit 1893 zurückgegangen. Wenn auch pro Tausend nicht weniger gezahlt werde, so werde jetzt viel schlechteres Material geliefert.

Langner-Ohlau ergänzt den Bericht.

Wolff-Verden stellt richtig, daß der Verdienst 10—30 Mk. pro Mille betrage und der Wochenverdienst für männliche Arbeiter nicht mehr als 16, für weibliche 8 Mark pro Woche.

Vom Gewerkverein der Tabakarbeiter (Hirsch-Duncker) ist die Anzeige vom Ableben ihres Delegierten eingelaufen. Der Vorstand ersucht aber den Kongreß, trotz der infolgedessen fehlenden Vertretung des Gewerkvereins, für dessen Mitglieder den Protest gegen die Tabaksteuer mit zu erheben. (Lebhaftes Bravo!)

Brinkmann-Spenge: Fast in jedem Haushalt müssen die Frauen und Kinder mitarbeiten. Kinder, die noch nicht das schulpflichtige Alter erreicht haben, werden zum Abwickeln des Tabaks verwendet. Wenn der Lehrer in der Schule die Kinder frage, ob sie zu Hause beim Zigarrenmachen beschäftigt werden, müßten die Kinder es auf Geheiß der Eltern verneinen. Die Zustände seien sehr traurige, und es wäre wünschenswert, daß sich der Kongreß in einer Resolution gegen die verderbenbringende Heimarbeit ausspreche.

Zigarrenarbeiter Graupe-Delitzsch: Wenn er 50 Jahre zurückblicke, so müsse er sagen, daß damals niemand geglaubt habe, daß es jemals in der Tabakarbeit zu so elenden Zuständen kommen werde. Damals habe man mehr Taler als heute Mark verdient. Damals sei die Hausindustrie noch nicht so vorherrschend gewesen. In Delitzsch gebe es 1100 Tabakarbeiter, von denen aber nur 250 organisiert seien. Das zeige, wie schwer es sei, die Heimarbeiter in die Organisation zu bringen. Die Arbeitszeit habe sich überhaupt nicht feststellen lassen, nur so viel lasse sich mit Bestimmtheit sagen, daß die Tabakarbeiter den größten Petroleumverbrauch aufzuweisen haben. Bei angestrengtester Arbeit verdienen Mann, Frau und Kinder zusammen 15—16 Mark pro Woche.

Heinzelmann-Klein-Mauheim führt zum Beweis für die Schädlichkeit der Heimarbeit und für die damit verbundene Kinderausbeutung einen Fall an, wo ein Kind in der Schule infolge überlanger Arbeitszeit ohnmächtig geworden ist.

Noch eine ganze Reihe Redner verbreitet sich über die Mißstände in der Hausarbeit und die damit Hand in Hand gehende Verwendung [illegible] Frauen, denen kaum Zeit zur Besorgung der Hausarbeit bleibe, sowie der Kinder. Dazu kämen trotz Anspannung aller Kräfte so geringe Wochenverdienste, daß es bei den heutigen hohen Lebensmittelpreisen, die auf dem Lande oft teurer seien als in den Städten, nicht zum Unterhalt der Familie ausreiche. Verschiedene Redner belegen diese Darlegungen mit näheren Zahlen über Lebensmittel-, Wohnungspreise, Steuern usw.

Es sind noch 57 Redner gemeldet, der Kongreß beschließt infolgedessen, die Redezeit auf 10 Minuten zu beschränken.

Auf Vorschlag des Bureaus erhalten zunächst die Vertreter der Zigarettenarbeiter das Wort. Es soll damit, wie der Vorsitzende Börner-Berlin ausführte, zum Ausdruck gebracht werden, daß die Tabakarbeiter sich mit den am schwersten bedrohten Arbeitskollegen aus der Zigarettenindustrie solidarisch fühlen.

Frau Lang-Dresden: Die Zigarettenarbeiterinnen in Dresden seien so schlecht gestellt, daß sie nicht genug zum Lebensunterhalt verdienen. Das wüßten die Fabrikanten auch, denn sie müssen oft genug Vorschüsse leisten, von denen sie selten etwas zurückerhalten. Viele Arbeiterinnen würden der Prostitution zugetrieben, verheiratete Frauen seien genötigt, Sonntags durch Gästebedienen Nebenverdienst zu suchen. (Hört!) Die Arbeitszeit betrage in der Fabrik 8—10 Stunden, dann aber habe die Arbeiterin noch zu Hause 2—3 Stunden mit Hülfsarbeiten zu tun, so daß sie sich den Schlaf verkürzen müsse, wenn sie ihren Haushalt in Ordnung halten wolle.

Lipeck-Hannover: Obwohl Hannover die besten Arbeitsverhältnisse habe, seien dieselben doch noch keineswegs befriedigende. Der Zigarettenarbeiter verdiene 18—22 Mark, die Arbeiterin 13 bis 18 Mark in der Woche. Redner beklagt den Dünkel mancher Zigarettenarbeiter, die sich für besser halten als die Tabakarbeiter.

Von der Redaktionskommission wird dem Kongreß folgende

Resolution

unterbreitet:

„Der von 194 Delegierten aus 575 Orten beschickte Kongreß der Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen Deutschlands protestiert auf das entschiedenste gegen jede Erhöhung der Tabaksteuer, des Tabakzolles sowie gegen jede Art der weiteren Besteuerung der Tabakfabrikate und verurteilt aufs schärfste, daß die Reichsregierung es unterließ, Regierungsvertreter behufs näherer Information über die wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter und -arbeiterinnen, sowie über die Verhältnisse des ganzen Tabakgewerbes zu dem Kongreß zu entsenden.

„Der Tabak, welcher, wie die Begründung zu den Gesetzesvorlagen betreffend die Erhöhung des Tabakzolles und der Tabaksteuer sowie des Entwurfs einer Zigarettensteuer angibt, für den Konsumenten ein entbehrliches Genußmittel sein soll, ist für die in der Zigarettenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen der unentbehrliche Rohstoff des Gewerbes. Steuererhöhungen, die eine Verteuerung dieses Genußmittels unzweifelhaft herbeiführen, haben eine Unterdrückung des Konsums zur Folge und bringen daher für die in der Tabakindustrie und deren Nebengewerben Beschäftigten: Arbeitslosigkeit und unberechenbare Lohnabzüge.

Die Tabakarbeiter glauben um so mehr berechtigt zu sein zu einem Protest gegen jede weitere Steuererhöhung:

1. weil in der Tabakindustrie eine große Zahl schwächlicher und verkrüppelter Arbeiter Unterschlupf gefunden haben, die in keiner andern Industrie sich zu ernähren imstande sind, und bei der durch die Steuererhöhung bewirkten Arbeitslosigkeit nur den Gemeinden zur Last fallen würden;

2. weil durch den am 1. März 1906 in Kraft tretenden Zolltarif eine weitere Herabdrückung der elenden Lebenshaltung der Arbeiter bewirkt wird;

3. weil die jetzige Steuergesetzgebung für die Tabakindustrie zur Folge hatte, daß die Tabakarbeiter, die vor dem Jahre 1879 mit zu den bestbezahlten Arbeitern gehörten, jetzt nach der Lohnstatistik der Berufsgenossenschaften mit ihrem Jahresverdienst um 404 Mark unter dem Durchschnittsverdienst der gegen Unfall versicherten Arbeiter stehen. Die alljährlichen enormen Einnahmen, welche das Reich durch die im Jahre 1879 erfolgte Erhöhung des Tabakzolles und der Tabaksteuer hat, werden hauptsächlich getragen durch die in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter, in Form der damals in großem Umfange vorgenommenen Lohnreduktionen, die sie über sich ergehen lassen mußten auf Grund der durch das Sozialistengesetz herbeigeführten Wehrlosmachung der Arbeiter und durch die in erheblichem Maße betriebene Verlegung der Fabrikation auf das flache Land.

Nennenswerte Lohnaufbesserungen konnten bis heute nicht errungen werden, weil durch die immer wiederkehrenden Beunruhigungen der Industrie durch neue Steuerprojekte solche Störungen verursacht wurden, die jeden ernsthaften Versuch, Lohnaufbesserungen zu erstreben, unmöglich machten.

Eine neue Steuererhöhung würde eine weitere Verschlechterung der Lage der Tabakarbeiter herbeiführen. Da die Tabakarbeiter in 300 Arbeitstagen 543 Mark erzielen, würden sie durch vermehrte Arbeitslosigkeit und Lohnverschlechterungen zum Hungern verurteilt sein.

Der Kongreß protestiert besonders gegen die geplante beispiellos hohe Zigarettensteuer. Durch Annahme dieser Steuer würden zweifellos Tausende weiblicher Arbeiter dem Hunger oder der Prostitution preisgegeben werden, und fordert der Kongreß von dem hohen Reichstag, dem Gesetzentwurf betreffend die Einführung einer Zigarettensteuer seine Zustimmung zu versagen.

Der Kongreß erwartet, daß die Regierung, nachdem die Steuerkommission des Reichstags einstimmig die Gesetzesvorlage wegen Aenderung des Tabaksteuergesetzes abgelehnt hat, schleunigst die Gesetzentwürfe zu höherer Belastung des Tabaks zurückzieht und bei künftigen Steuervorlagen die höhere Besteuerung des Tabaks ganz außer Frage läßt. Sollte dies nicht eintreten, so erwartet der Kongreß, daß der Reichstag ebenso einstimmig wie seine Kommission in erster Lesung das Schicksal der Vorlage durch ein ablehnendes Votum besiegeln wird."

Als ein weiterer Vertreter der Berliner Zigarettenarbeiter sprach noch Franz Schmidt-Berlin. Er spricht die Vermutung aus, daß bei Annahme der Zigarettenpapiersteuer für die Industriellen so viele Scherereien erwachsen würden, daß schließlich von seiten der Industrie selbst der Ruf nach Abnahme der Betriebe durch ein Staatsmonopol erschallen würde. Deshalb seien alle Tabakarbeiter in gleichem Maße an der Ablehnung dieser Steuer interessiert. Unmöglich könne die Regierung das ungeheure Anklagematerial, das der Kongreß beigebracht habe, unbeachtet lassen, es müsse denn ihre Absicht sein, eine blühende Industrie zu vernichten. (Lebh. Beifall) Gegen die Zigarettenfabrikanten müsse der Vorwurf erhoben werden, daß sie aus reiner Profitwut und Verblendung der Regierung das Material geliefert hätten, das diese nun allerdings zu deren eigner Vernichtung verwende. Der ganze Entwurf sei im höchsten Maße verfehlt. Von den 27 Paragraphen der Ausführungsbestimmungen werde in 21 Punkten die Entscheidung und Ausführung dem Bundesrat übertragen. Auf die Widersprüche der Vorlage habe schon der Zentrumsabgeordnete Speck hingewiesen. So heißt es einmal: „Der Raucher kann ohne Beeinträchtigung seines Rauchbedürfnisses zur Pfeife oder Zigarre zurückgreifen, wenn ihm die Zigarette zu teuer ist." An einer andern Stelle heißt es aber: „Eine Schädigung der Zigarettenindustrie ist nicht zu erwarten" und weiter: „ein Rückgang kann sich nur auf die billigen Sorten erstrecken." (Lachen.) Nun seien aber 70 Prozent aller Zigaretten solche bis zu 1 Pfennig, 20 Prozent bis zu 2 Pfennig. Ebensogut wie von der „Pfeife des armen Mannes" könne man von der „Zigarre des armen Mannes" sprechen. Der Soldat z. B., dessen Löhnung nicht zu einer Zigarre ausreiche, kaufe sich 15 Zigaretten zu 10 Pfennig. In der Zigarettenindustrie sei man daran, eine Tarifvereinbarung durchzuführen. Komme das Gesetz, dann sei es vorbei mit allen Hoffnungen auf Lohnerhöhungen. Das beleuchte so recht den angeblichen sozialen Ausgleich. Die Arbeiter mögen nicht das Beispiel der Fabrikanten, die sich in ihrer Borniertheit und Dummheit gegenseitig zerfleischten, nachahmen, sondern geschlossen zusammenstehen. (Stürmischer Beifall.)

Nachdem noch etwa zehn Berichte über die Lage der Tabakarbeiter in den einzelnen Distrikten entgegengenommen worden waren, stellte Thieme-Bremen einen

Schlußantrag.

Er glaube, daß der Kongreß genügend Material für Regierung und Reichstag gegen die Vorlage beigebracht habe.

Zum Wort gemeldet sind noch 47 Redner. Der Schlußantrag findet Annahme. Darauf wird die Resolution des Vorstandes einstimmig angenommen. Der Beschluß soll der Reichsregierung und den Reichstagsabgeordneten übermittelt werden. Das Protokoll des Kongresses soll als Agitations-Broschüre zu 10 Pfg. das Stück verbreitet werden. Weiter wurde folgender Antrag angenommen:

„Der Kongreß beschließt, daß die auf dem Tabakarbeiter-Kongreß von 1893 zur Abwehr etwaiger Tabaksteuervorlagen eingesetzte Zentralkommission auch für die Zukunft mit dem gleichen Zweck bestehen bleiben und ihren Sitz in Berlin behalten soll."

Zur Beschlußfassung stehen noch die bereits mitgeteilten Anträge der Tabakarbeiter von Heiligenstadt. Der eine davon verlangt, daß bei Annahme der Tabaksteuervorlage der Staat für die dadurch brotlos gewordenen Tabakarbeiter Sorge tragen möge.

Thieme-Bremen spricht gegen den Antrag. Sie hätten keinen Anlaß, bei der heutigen Regierung betteln zu gehen. (Stürm. Beif.) Was das bedeute „Arbeit nachweisen" könne man sich wohl denken. Von der heutigen Regierung hätten sie nichts zu erwarten. Wenn ihr nicht das Gefühl komme, daß sie Tausende Arbeiter brotlos mache, dann werde sie auch keine Empfindung für eine derartige Verpflichtung haben. (Stürm. Beifall.)

Der Antrag wird gegen eine Stimme abgelehnt.

Der zweite Antrag Heiligenstadt verlangt die Herausgabe eines Flugblattes mit den Namen der Abgeordneten, welche bei Annahme der Tabaksteuer dafür stimmen. Der Delegierte aus Heiligenstadt führt an, daß die Tabakarbeiter des Eichsfeldes den Antrag in erster Reihe gegen den Vertreter ihres Bezirks, den Abg. v. Strombeck (Ztr.), gerichtet hätten.

Kiesel-Berlin spricht für Ablehnung des Antrags. Für die Veröffentlichung der Abstimmungslisten sorge schon die Arbeiter- und Fachpresse.

Dieser Antrag Heiligenstadt findet eine große Mehrheit.

Es wird dann beantragt, festzustellen, wie viele Delegierte organisiert seien. Dem Antrage wird stattgegeben und es ergibt sich, daß sechs Delegierte keiner Organisation angehören.

Mit stürmischem Bravo wird die an den Kongreß gelangte Mitteilung aufgenommen, daß heute in der Tabaksteuerkommission fast alle Abgeordneten — bis auf einige Nationalliberale — sich gegen die Zigarettenpapiersteuer erklärt hätten und daß morgen die Ablehnung der ganzen Steuervorlage zu erwarten sei.

Deichmann-Bremen hält die

Schlußrede:

Wer die Verhandlungen verfolgt hat, wer die Berichte der Delegierten angehört hat, wird, auch wenn er kein Tabakarbeiter ist, zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß unter den in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen ein grenzenloses Elend existiert. (Stürmische Zustimmung.) Er wird zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß dieses Elend dadurch hervorgerufen worden ist, daß der deutsche Tabakarbeiter so außerordentlich unter der kapitalistischen Ausbeutung und der beunruhigenden finanzpolitischen Maßnahmen des Reichstags zu leiden hat. Privatkapitalistische Ausbeutung und Finanzpolitik der Reichsregierung tragen die Schuld daran, daß viele Tabakarbeiter kaum das liebe Brot auf dem Tische haben. (Sehr wahr!) Wenn die Tabakarbeiter an reichbesetzter Tafel säßen, und wenn man ihnen davon ein Stückchen Brot wegnehmen wollte, dann würden sie sich gewiß nicht besonders aufregen — aber hier handelt es sich darum, daß man ihnen das letzte Stückchen Brot, mit dem sie und ihre Kinder sich sättigen wollen, wegnehmen will, und das von Leuten, die selbst an reicher Tafel sitzen. Da ist es begreiflich, daß die Tabakarbeiter sich gegen solche Unverschämtheit aufregen. (Stürmischer Beifall.)

Wie wäre es so weit gekommen, wenn nicht durch das Sozialistengesetz die starke Organisation der Tabakarbeiter seinerzeit zertrümmert worden wäre. Dadurch waren die Unternehmer in der Lage, ein solches Maß von Elend auf die deutschen Tabakarbeiter zu häufen. Die hier aus allen Gauen erstatteten Berichte werden ein bleibendes Dokument dafür sein, in welcher Weise mit dem deutschen Tabakarbeiter umgesprungen ist, und den Beweis dafür bilden, daß wir berechtigt sind, gegen die Maßnahmen der Regierung den schärfsten Protest einzulegen. (Stürmischer Beifall.)

Was hier aus allen Gauen vorgetragen wurde, war mehr als Elend. Da können wir sehen, wie wenig Ernst es Regierung und bürgerlichen Parteien mit ihrem Schlagwort vom Schutz der

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 27. Magdeburg, Freitag den 2. Februar 1906. 17. Jahrgang.

Europas Schwiegervater.

Wir haben mitgeteilt, daß der alte dänische König, Christian mit Namen, am Dienstag dieser Woche infolge Altersschwäche gestorben ist. Er war der Mann der vor ihm ins Grab gesunkenen „Schwiegermutter Europas". Man darf ihn daher als den gewesenen Schwiegervater dieses Erdteils ansprechen. Seine Frau aber ist zu ihrem Titel gekommen, weil sie es verstanden, ihre Töchter glänzend unter die — Kronen zu bringen. Die dadurch gebotenen persönlichen Beziehungen benutzte sie nach Schwiegermutterart fleißig zum Intrigieren und Klatschen. Gar viele diplomatische Strümpfe wurden aus reiner Liebe zu dieser Beschäftigung von ihr kostenlos angestrickt. Sie verstand es, trotzdem auf ihre Rechnung zu kommen. Ihr und einigen bedeutenden weltgeschichtlichen Geschehnissen zuliebe, die sich während der Zeit Christians abgespielt, seien dem Mann der Schwiegermutter einige Erinnerungszeilen der Wiener „Arbeiter-Zeitung" auch an dieser Stelle gewidmet.

Christian war von Abkunft und Geburt deutscher Fürst, wie fast alle gesalbten Häupter Europas, und die Kunst deutscher Fürstensöhne, ihr Deutschtum rasch gegen die Nationalität und das Nationalgefühl eines Volkes mit erledigtem und zu beerbendem Thron eingutauschen, war ihm in so hohem Maße eigen, daß sie sich noch ungeschwächt auf seinen Enkel Hakon übertragen konnte, der ebenso rasch aus einem Dänen ein Norweger wurde wie der Großpapa seinerzeit aus einem Deutschen ein Däne. Der Unterschied ist nur, daß Hakons Norwegerwerdung von bloß lokalgeschichtlichem und fast komischem Interesse ist, während sich an Christians Dänisierung ein weltgeschichtlicher Konflikt anschloß, der mit der Gründung des Deutschen Reiches endete und so in der letzten Folge das Antlitz Europas wandelte.

Christian 9. war geboren am 18. April des Jahres 1818 auf Schloß Gottorp bei Schleswig, auf demselben Schlosse, von dem auch die stammverwandte russische Kaiserfamilie Namen und Ursprung herleitet. Als dem vierten Sohne des 1831 verstorbenen Herzogs Friedrich Wilhelm Paul Leopold von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg war es ihm an der Wiege nicht gesungen worden, daß er je die dänische Königskrone tragen würde, denn weder er als Person noch sein Geschlecht hatten den nächsten Anspruch auf Nachfolge für den Fall des — übrigens auch aus Deutschland stammenden — derzeitigen Herrscherhauses. Christian hat sich aber den Thron verdient, und zwar durch die beiden Mittel, durch die ein Prinz Verdienste erwirbt: durch Heirat und Austausch von Nationalgefühl. Da seine redliche Absicht, die junge englische Königin Viktoria heimzuführen — in welchem Falle er ein ebenso guter Engländer geworden wäre, wie er später ein Däne wurde — mißlang, besann er sich auf das Ziel, das ihm als einem Schleswiger näher lag, denn Schleswig und Holstein waren damals durch Personalunion mit Dänemark verbunden. Er heiratete 1842 Prinzessin Luise, die dritte Tochter des Landgrafen Friedrich von Hessen und der Prinzessin Luise Charlotte von Dänemark, der Schwester König Christians 8.

Auch das war demnach eine recht weit hergeholte Verwandtschaft, wenn schon Christian 8. seine Schwester sehr liebte und seines Sohnes Friedrich Kinderlosigkeit den Thron freihielt. Eigentlich erworben hat Christian den Thron durch Treulosigkeit. Christian 8. führte in Dänemark die weibliche Erbfolge ein und erklärte in seinem berühmten offenen Briefe vom 8. Juli 1846, daß er die dänische weibliche Erbfolge auch in Holstein festsetzen wolle. Gegen diese Erklärung erhoben alle Agnaten des Thrones und die Stände von Holstein Protest und wendeten sich klagend an den Deutschen Bund, der damals freilich schon von dem Hund auf den Schwanz gekommen war. Christian war der einzige Anverwandte, der den Brief unterschrieb; nicht erstaunlich von dem Standpunkt seiner persönlichen Interessen, denen eben jene Ausdehnung der weiblichen Erbfolge auf Holstein diente, aber keineswegs rühmlich vom Standpunkt eines „deutschen" Fürsten, denn die dänische Gewaltherrschaft in Schleswig und Holstein war von den Vierziger- bis in die Sechzigerjahre aller Deutschen tiefster Schmerz und böseste Scham. Der Wiener Friede hatte wie überall, so auch hier einen unsinnigen und haltlosen Zustand geschaffen, indem er von den beiden mit Dänemark nun durch Personalunion verbundenen deutschen Gebieten das eine dem Deutschen Bunde beischloß, das andre außen stehen ließ, obwohl beide nach allem Gesetz „up ewig ungedeelt" bleiben sollten. Die Folge war, daß die dänische Politik darauf ausging, mindestens Schleswig in Sprache und Art zu dänisieren und Holstein durch Verletzung des Erbrechts an Dänemark festzuhalten.

Als nun Friedrich 7., Christian 8. Sohn, 1848 mit der Ausführung dieses Planes den Anfang machte, indem er Schleswig im Kopenhagener Reichstag wollte vertreten sein lassen als dänische Provinz, während Holstein eine eigne Verfassung erhalten sollte, brach der Krieg aus, in dem Preußen schlecht genug den Exekutor Deutschlands und der Begeisterung der deutschen Demokraten spielte. Die Feigheit Friedrich Wilhelms 4. und die Ränke Oesterreichs, Englands und Rußlands bewirkten, daß dieser schmachvollste „Krieg" deutscher Geschichte mit dem Erfolge des kleinen Dänemark endigte. Die deutschen Großmächte erkannten den dänischen Gesamtstaat an, willigten in die Trennung Schleswigs und Holsteins, mit der nichtssagenden Bedingung, daß beiden Ländern „Selbständigkeit" innerhalb des „Gesamtstaates" eingeräumt werden sollte.

Die Konterrevolution hatte auch hier ihre Nichtswürdigkeit glänzend geoffenbart. Christian fuhr aber die Ernte heim. Durch das Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 wurde er zum Thronfolger in der gesamten dänischen Monarchie bestimmt. Die Anverwandten verzichteten zu seinen Gunsten, doch von einem Verzicht in Schleswig und Holstein war nicht die Rede.

Unterdessen setzten sich die Angriffe der Dänen auf die Selbständigkeit Schleswig-Holsteins fort und die Klagen der Holsteiner an den hilflosen Bundestag. Die Feigheit der deutschen Regierungen von 1850 hatte den dänischen Trotz zur Verblendung gesteigert, so daß man in Kopenhagen sogar die Londoner Vergleichsvorschläge abwies. Als nun mitten in dem Hader am 15. November 1863 Friedrich 8. starb und Christian ihm in der Regierung folgte, wußte dieser kein besseres Mittel, sich seine neugebackene dänische Gesinnung zu betätigen, als daß er das vor kurzem vom deutschen Reichstag beschlossene Grundgesetz bestätigte, welches Schleswig vollständig mit Dänemark verschmolz und Holstein zum zinspflichtigen, machtlosen Anhängsel des Gesamtstaates herabwürdigte. Das führte nun endlich zum Bruch. Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg machte seine näheren Ansprüche auf die Herzogtümer geltend, mit ihm andre Anverwandte; der Deutsche Bund zog die Erbfolgefrage vor sein Forum. Die Exekution in Schleswig-Holstein wurde beschlossen und vom 22. bis 31. Dezember vollstreckt. Noch jetzt konnte Christian alles retten, wenn er das Grundgesetz zurückzog; aber auf seine Feigheit gegenüber den dänischen Patrioten und auf deren Blindheit war Bismarcks kühner Plan gestellt, der, den Augustenburger sachte beiseite schiebend, durch die beleidigende Hartnäckigkeit der Dänen auch Oesterreich mit in den Handel bekam, und damit England und Frankreich die Lust benahm, gegen die zwei geeinten deutschen Großmächte aufzutreten, während Rußlands Gunst längst gewonnen war durch die Beihilfe bei dem polnischen Aufstand von 1863.

Der dänische Krieg von 1864 endete mit der Lostrennung Schleswig-Holsteins von Dänemark; er trug den 66er und dieser den 70er Krieg im Schoß — für Dänemark bedeutete er die endgültige Ausscheidung aus der weltgeschichtlichen Beziehung. Christian lebte und waltete fortan als Kleinfürst, nicht gerade sehr annehmlich, wie schon die Tatsache zeigt, daß er Jahrzehnte gegen die radikale und sozialistische Mehrheit des Reichstages an der konservativen Regierung festhielt und erst nachgab, als diese und die Gemäßigt-Liberalen bei den Wahlen 1901 zu einer lächerlich kleinen Minderheit herabgesunken waren.

Preußenrechte und Polizeiallmacht! lautet das Thema, mit dem sich morgen Freitag abend Versammlungen in der Altstadt (Dreikaiserbund), Alte Neustadt (Krone), Neue Neustadt (Weißer Hirsch), Sudenburg (Zerbster Bierhalle) und Buckau (Thalia) beschäftigen. Die Versammlungen sind als **Protestversammlungen gegen das Magdeburger Polizeiregiment** gedacht und werden ihren Zweck nur erfüllen, wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen für einen Massenbesuch sorgen. —

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Ich bekenne!

Die Geschichte einer Frau. Von Klara Müller-Jahnke.

(44. Fortsetzung.)

Am nächsten Tage gab ich zunächst meiner Mutter Bericht. Ich schrieb ihr ausführlich, wie ich angekommen und wie die Konsultation bei dem berühmten Spezialisten verlaufen sei. Er erachte einen Aufenthalt von mehreren Wochen für notwendig; wahrscheinlich werde er auch zu einer Operation schreiten müssen.

Dann schrieb ich an Vincenti. Ich sagte ihm mit klaren, harten Worten, daß ich nicht übertreten und hier auch nichts verheimlichen werde.

Kochende Wut hat ihm eine gemeine Antwort in die Feder diktiert. Er verlangte, „falls er überhaupt noch meinen Angaben glauben solle", meinen sofortigen Uebertritt und beschimpfte mich in empörender Weise.

Als ich Vincentis Brief empfing, saß ich am Fenster neben dem Philodendron, der unter meiner Pflege den ersten, zarten Sprößling trieb. Ich weiß genau, daß ich während des Lesens die Pflanze beobachtete und mit einer freudigen Empfindung den frischen Trieb an dem erstorbenen Stamme wahrnahm.

„Nun, der Herr Bruder schreibt wohl viel Vergnügtes, Panna?" —

Die scharfe Stimme Lydias schreckte mich aus meinem verlornen Sinnen empor. Ich besann mich auf mich selbst und versuchte nachträglich, die Worte zu begreifen, die ich soeben gelesen hatte.

„Ja, viel Vergnügtes, Frau Rakowicz. Ich glaube, er freut sich ungemein auf die Zukunft."

Ein schiefer, suchender Blick ging über mein Gesicht. Lydia zuckte die Achseln, stand langsam auf und begab sich in die Küche, wo ich sie alsbald mit der Kaffeemühle hantieren hörte. Da mir selbst die Luft zum Ersticken eng geworden war, beschloß ich, einen Spaziergang auf den nahegelegenen Friedhof zu machen, der während meines kurzen Dortseins das Ziel meiner täglichen Ausflüge geworden war. Als ich die Küche betrat, fand ich sie leer. Frau Rakowicz war wohl zum Bäcker hinübergegangen.

Auf dem Kochherde lag ein zerknitterter Briefbogen. Im Vorübergehen warf ich einen achtlosen Blick darauf und erkannte Vincentis Hand.

Ein Schauer überlief mich, ein Schauer der Neugierde oder, besser gesagt, der Begierde, zu erfahren, was dieser Mann seiner Schwester über mich geschrieben hatte. Mein Verlangen sollte nicht befriedigt werden; der Brief war, wie ich mir hätte sagen können, in polnischer Sprache abgefaßt. Nur oben am Rande das Datum war auch das Datum des Briefes an mich . . .

Als ich noch über den Herd gebeugt stand, legte sich eine weiche Hand auf meine Schulter. Das war Helenas Berührung: ich fühlte das, ohne daß ich emporblickte.

„Sie tun mir sehr leid," sagte das Mädchen mit gedrückter Stimme zu mir. „Sie sollten offen gegen mich sein, Wilnuschka. Wir sind doch nahe verwandt miteinander. Was gilt des Priesters Segen, wenn der Priester selbst ein Lump ist?"

„Helena", — alles in mir fieberte, — „was Du da sagst, wirst Du vertreten müssen. Du sprichst von dem Manne, den ich geliebt habe."

Sie machte eine ungeduldige Bewegung mit der Hand. „Aus Dir spricht die deutsche Sentimentalität. Wir Polen sehen klarer und empfinden einfacher. Ich kann nur wiederholen, daß Du mir leid tust. Und nun steh' nicht da und starre in das Feuer, als ob Du ein Gespenst sähest. Gib mir den Arm, komm in die Luft. Die ersten Schneeglöckchen sind heraus, und Du hast die Blumen so gern."

Ich stützte mich schwer auf den dargereichten Arm. Dann bin ich mit dem Mädchen stundenlang durch den Vorfrühlingstag gegangen. Unter den kahlen Hecken lag noch schmelzender Schnee. Auf den Gräben schwammen Eissplitter. An den Grabenrändern aber, von der Sonne gesucht und gefunden, wagten sich die ersten grünen Spitzchen hervor . . . Ein Hauch von Werden und Kommen lag in der Luft.

Mir war sterbenselend zumute. Als sollte die eisige Decke, die auf meiner Seele lastete, nimmer wieder gehoben werden.

„Ich will Dir alles erklären, was Dir noch dunkel erscheint," plauderte Helena in ihrem scharfen, leicht gebrochenen Deutsch, „mich geht der Oheim Vincenti nichts an. Ich habe meinen Kurt, der ist lieb und gut zu mir; und wenn er sein Examen gemacht hat, wird er mich heiraten. Aber die Maminka unterhalte ich auch dann nicht, das fällt mir nicht ein. Sie hat ihren Sohn, der nicht gut tun will und sich in der Welt herumtreibt. Für den geht jedes Silberstück dahin, das der Onkel Vincenti schickt. Und nun wirst Du wohl auch wissen, daß sie Dich mit bösen Augen anschaut und daß sie Dich und das Kleine verwünschen und verhexen möchte. Aber sie wagt nicht, zu reden gegen den Oheim, weil sie ganz abhängt von ihm. Und der Oheim ist wahrhaftig geizig genug und hätte besser getan, seinen Frieden mit dem Bischof zu machen, als mit Weibern zu scharmieren. Wir haben schon einmal eine hier gehabt . . ."

Sie brach plötzlich ab und starrte mich erschreckt an. Ein grauenhafter Ausdruck mußte in mein Gesicht getreten sein. Ich hätte in diesem Augenblick mein Kind erwürgt, wenn ich es in den Händen gehabt hätte.

„Und diese andre, was ist aus ihr geworden?" — Ich brachte es wahrhaftig fertig, zu sprechen, zu fragen.

„Ich weiß es nicht. Sie ist krank von uns gegangen," erwiderte meine Begleiterin ausweichend. Ich hätte es auch nicht ertragen können, das Weitere zu vernehmen. So zog ich, da wir inzwischen wieder in die Straßen gekommen waren, Helena in ein Cafee, um mir dort Elfriede Günthers Wohnung im Adreßbuch aufzusuchen.

Sie wohnte im Zentrum der Stadt, weit, weit von uns. Morgen wollte ich zu ihr gehen. Aber vorher noch mit Lydia Rakowicz sprechen!

Zu Hause bin ich angekommen wie eine Sterbende. Und dennoch hatte ich eine solche Willenskraft über meine Schwäche gewonnen, daß ich nach dem Abendessen, das ich nicht anrührte, das furchtbare Thema wieder aufzunehmen vermochte.

Die persönliche Bedeutung Christians ist übrigens weniger in seiner Staats- als in seiner Familienpolitik zu suchen, die glücklich blieb bis ans Ende. Man hat Christian den „Großvater Europas“ genannt, und mit gutem Rechte. Noch ehe er sich selbst als bereits designierter Thronfolger die dänische Krone aufs Haupt gesetzt hatte, gelang es seinem Sohn Wilhelm, dem dritten Kinde Christians, durch die Gunst Englands am 6. Juni 1863 den griechischen Thron als Georg 1. zu gewinnen, wo sein Haus noch heute blüht. Christians zweitgeborenes Kind, Prinzessin Alexandra, heiratete am 10. März 1863 den damaligen Prinzen von Wales und ist jetzt Königin von England. Das viertgeborne Kind, die Prinzessin Dagmar, ehelichte 1866 den damaligen russischen Thronfolger Alexander und trug als dessen Gemahlin von 1881 bis 1894 unter dem Namen Maria die russische Kaiserkrone. Das fünfte Kind, Prinzessin Thyra, ist mit dem Herzog von Cumberland vermählt. Was aber noch nicht das Ende dieser verwickelten Ehe- und Erbgeschichte bedeutet, denn vor einigen Wochen hat Prinz Ernst, der jüngere Sohn des Kronprinzen Friedrich, als Haakon 9. Norwegens Thron bestiegen.

Der älteste Sohn Christians, der bisherige Kronprinz Friedrich, ist geboren am 3. Juli 1843 und seit dem 28. Juli 1869 mit Prinzessin Luise, Tochter des Königs Karl 15. von Schweden, vermählt. Er wird nun als Friedrich 8. Dänemarks Krone tragen. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 1. Februar 1906.

Der Justizminister der Freiheit.

Herr Dr. Beseler, der Lenker des neuen verschärften Justizkurses wider die Sozialdemokratie, hat sein Herz für die Freiheit entdeckt. In der Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses hatten nämlich Freisinnige Klage über Referendarvereine geführt, die grundsätzlich jüdischen Kollegen die Aufnahme verweigern. Darauf antwortete der Justizminister u. a. sehr zutreffend, er könne nichts dagegen tun, weil jeder Beamte sich seinen Umgang wählen könne, wie er eben wolle.

Es ist ein sehr richtiger Grundsatz, daß sich jeder Angestellte des preußischen Staates seinen Umgang wählen kann, wie er will. Wir raten daher den preußischen Staatsangestellten ihren Umgang ausschließlich aus sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Kreisen zu wählen, wo noch recht viel Nützliches für sie zu lernen ist. Die preußische Regierung wird nach der Erklärung des Justizministers dagegen nichts mehr einzuwenden haben.

Oder beschränkt sich die preußische Vereins- und Umgangsfreiheit etwa bloß auf die Kreise des Grafen Pückler?

Gegen die Tabaksteuer!

Der Tabakarbeiter-Kongreß in Berlin, der nach dreitägiger Dauer am Mittwoch abend geschlossen wurde, nahm den seiner hohen Bedeutung entsprechenden Verlauf. Es gab wohl kaum einen deutschen Landstrich, aus dem nicht ein Vertreter zu Worte kam, und was dann der Redner vorbrachte, waren erschütternde Anklagen gegen ein Elend, das höchstens von dem der schlesischen Weber überboten wird. Wie ein Lichtstrahl ging es über die Versammelten, als am zweiten Verhandlungstage Abgeordneter Elm das Ergebnis der Kommissionsberatungen aus dem Reichstag mitteilte und dadurch die Hoffnung weckte, daß der Schlag, den die Reichsregierung gegen das Gewerbe führt, wirkungslos gemacht werden kann.

Es waren noch einige fünfzig Redner eingetragen, als der Kongreß Mittwoch nachmittag an die Beendigung seiner Arbeiten denken und die Rednerliste schließen mußte. In einer einstimmig beschlossenen Resolution erklärte der von 193 Delegierten aus 537 Ortschaften besuchte Kongreß sodann:

„Die Tabakarbeiter glauben um so mehr berechtigt zu sein zu einem Protest gegen jede weitere Steuererhöhung,

1. weil in der Tabakindustrie eine große Zahl schwächlicher und verkrüppelter Arbeiter Unterschlupf gefunden haben, die in keiner andern Industrie sich zu ernähren imstande sind und bei der durch die Steuererhöhung bewirkten Arbeitslosigkeit nur den Gemeinden zur Last fallen würden;
2. weil durch den am 1. März 1906 in Kraft tretenden Zolltarif eine weitere Herabdrückung der elenden Lebenshaltung der Tabakarbeiter bewirkt wird;
3. weil die jetzige Steuergesetzgebung für die Tabakindustrie zur Folge hatte, daß die Tabakarbeiter, die vor dem Jahre 1879 mit zu den besser entlohnten Arbeitern gehörten, jetzt nach der Lohnstatistik der Berufsgenossenschaften mit ihrem Jahresverdienst um 404 Mark unter dem Durchschnittsverdienst der gegen Unfall versicherten Arbeiter stehen.

Die alljährlichen enormen Einnahmen, welche das Reich durch die im Jahre 1879 erfolgte Erhöhung des Tabakzolls und der Tabaksteuer hat, werden hauptsächlich getragen durch die in der Tabakindustrie und deren Nebengewerbe beschäftigten Arbeiter, in der Form der damals in großem Umfange vorgenommenen Lohnreduktionen, die sie über sich ergehen lassen mußten auf Grund der durch das Sozialistengesetz herbeigeführten Wehrlosmachung der Arbeiter und durch die in erheblichem Maße betriebene Verlegung der Fabrikation aufs flache Land.“

Der Kongreß protestierte dann noch gegen den Plan der Zigarettensteuer und sprach die Erwartung aus, daß die Regierung die Steuergesetzentwürfe zurückziehen werde und auch in Zukunft die Tabakindustrie nicht weiter bedrohe. Sollte dies nicht eintreten, so erwartet der Kongreß, daß der Reichstag ebenso einstimmig wie seine Kommission in erster Lesung das Schicksal der Vorlage durch ein ablehnendes Votum besiegeln wird.

Hoffentlich erhört der Reichstag den Notschrei der deutschen Tabakarbeiter! Es gilt, eine Viertelmillion Arbeiter und deren Angehörige, die heute schon entsetzlich zu kämpfen haben, vor dem äußersten Elend zu schützen. —

Provinz und Umgegend.

Der Lehrer als Fremdling auf dem Lande.

Ihre hochweisen Köpfe haben sich die Herren Agrarier der Provinz Sachsen in der letzten Sitzung der Landwirtschaftskammer darüber zerbrochen, wie es komme, daß die Lehrer nicht gern auf dem Lande bleiben, sondern möglichst schnell in größeren Städten eine Stellung zu erhalten suchen. Herr Vormann aus Saathain, seines Zeichens Hauptmann, führte das darauf zurück, daß der Dorfschullehrer ein Fremdling auf dem Lande bleibe; es fehlten ihm die Kenntnisse, die ihn auf dem Lande mit der Natur verbänden. Oberpräsident v. Bötticher, der im Umgang mit den sächsischen Agrariern schon längst auch den letzten liberalen Anflug abgestreift hat, erwiderte, er hoffe, die Kurse für Obstbau und Fischzucht, die für die Landlehrer eingerichtet worden seien, würden in absehbarer Zeit dazu führen, die Lehrer an die dörfliche Scholle zu fesseln. Auch seien in den letzten Jahren neun Lehrerbildungsanstalten (und was für welche! Red.) in der Provinz Sachsen neu errichtet worden neben außerordentlichen Präparandenkursen; es stehe also in naher Aussicht, daß durch Ueberproduktion an Lehrkräften — diesen Ausdruck gebrauchte natürlich Herr v. Bötticher nicht — so viele Lehrer fertiggestellt würden, daß die Städte nicht mehr alle sich anbietenden Lehrkräfte verschlucken könnten.

Es ist selbstredend, daß auf diese geniale Weise allerdings der Landflucht der Lehrer vorgebeugt werden kann; aber große Freude werden die Herren an den zwangsweise auf dem Lande festgehaltenen Lehrern nicht haben. Amtsrat Braun aus Winningen mochte das auch empfinden und hing der Katze die Schelle um, indem er sagte, der Landflucht der Lehrer könne am besten dadurch begegnet werden, daß ihre Gehälter erhöht würden, damit rief er jedoch den als Kanalrebellen gemaßregelten einstigen Landrat von Zeitz, Herrn Winckler in Merseburg, in die Schranken. Dieser Herr Reichs- und Landtagsabgeordnete erklärte kategorisch, bei der Notlage der Landwirtschaft sei eine Erhöhung der Lehrergehälter seitens der Landgemeinden einfach ausgeschlossen; Sache der Regierung sei es, den Unterschied in den Gehaltsverhältnissen besser auszugleichen. Herr Winckler ist Direktor der Merseburger Feuersozietät, die demnächst nach Halle verlegt werden soll. Er ist selbst einer der notleidenden Agrarier; ihm gehört das Gut Salitz bei Zeitz. Sein Einkommen ist so beträchtlich, daß er einen Lehrer bequem aus der eignen Tasche bezahlen könnte, ohne dadurch genötigt zu sein, sich irgend welche Beschränkungen auferlegen zu müssen; er würde nur etwas weniger von dem jährlich Uebrigbleibenden auf die Kante legen können. So wie ihm geht es den andern Agrariern auch, die zumeist ihre Güter als besondere Gutsbezirke haben anerkennen lassen und die, soweit es nur irgend möglich ist, sich überhaupt von den Schullasten der politischen Gemeinde, zu der ihr Gutsbezirk gehört, drücken. Diese Notleidenden können nicht ein paar Mark jährlich für die Schule mehr zahlen; der Staat muß eingreifen. Mit andern Worten heißt das, die ohnehin schon hochbelasteten Stadtgemeinden müssen noch mehr Steuern aufbringen, damit der Lehrer kein Fremdling auf dem Lande bleibe, sofern ein Gratis-Kursus im Obstbau und in der Fischzucht ihn nicht voll befriedigt.

Sie bleiben sich immer gleich, die Herren Agrarier! Sie sind alle vom Stamme Nimm. Das ist freilich bekannt und wundert niemand mehr. Eher könnte man erstaunen darüber, daß die Landschullehrer nicht längst schon die Art der agrarischen Freundschaft zu ihnen erkannt haben. Doch eine Wette könnte man eingehen, daß in zwei Jahren, wenn wieder eine Reichstagswahl stattfinden wird, die weitaus meisten Landlehrer mit derselben Bereitwilligkeit wie früher für die reaktionären Kandidaten, insbesondere für Herrn Winckler in Merseburg, eintreten werden. Wem nicht zu raten ist, dem ist nicht zu helfen. —

Fermersleben, 31. Januar. (Sozialdemokratischer Verein.) Am 28. Januar fand im Lokale des Herrn Stüller die regelmäßige Monatsversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt. Genosse Breitholz gab zunächst bekannt, wie weit die Vorbereitungen zum Strzelewicz-Abend gediehen sind. Genosse Andrae teilt dann mit, daß sich bei der Demonstrationsversammlung sieben neue Mitglieder haben aufnehmen lassen. Ferner wurde eine Wählerversammlung beschlossen und ein Antrag angenommen, diese und die nächste Monatsversammlung im Hänsgenschen Lokal stattfinden zu lassen. Die Mitglieder-Versammlungen sollen von jetzt ab im Vereinskalender der „Volksstimme“ bekannt gegeben werden. Zum Schlusse wurde der Kassenabschluß vom alten Kassierer bekannt gegeben und diesem Entlastung erteilt. —

Groß-Ottersleben, 31. Januar. (Sozialdemokratischer Verein.) Am 27. Januar tagte im Strumpfschen Lokale eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins. In derselben wurde Stellung zum Organisationsstatut genommen. Verschiedene Abänderungsanträge wurden angenommen, welche der nächsten Generalversammlung unterbreitet werden sollen. Hierauf erstattete Genosse Klotsch den Bericht von den Gemeindevertreter-Sitzungen. In der Diskussion wurde der Wunsch ausgesprochen, daß es die Genossen nicht nur bei dem Anhören des Berichts lassen, sondern daß sie in diesem Jahre sich selbst überzeugen und die Sitzungen besuchen. Der Bericht der Bemeckenbecker Vertreter mußte ausfallen, da diese nicht anwesend waren. Nachdem mehrere interne Angelegenheiten geregelt worden waren, und der Vorsitzende noch auf den am 4. Februar stattfindenden Strzelewicz-Abend hingewiesen hatte, trat Schluß der interessanten Versammlung ein. —

Aschersleben, 31. Januar. (Ein gestrauchelter Ordnungsmann.) In der so überschriebenen Notiz in Nummer 24 der „Volksstimme“ muß es heißen: Stadtschutzmann Braune und Kommissar Goße. —

Aschersleben, 31. Januar. (Ueberschwenglicher Patriotismus) veranlaßte zwei Angestellte des Gaswerkes an Kaisers Geburtstag sich in derartige animierte Stimmung zu versetzen, daß ihr Verhalten Anlaß gab, sie aus dem Dienst zu entlassen. Hoffen wir, daß der Patriotismus der Betreffenden keinen Riß bekommt —

Dahlenwarsleben, 31. Januar. (Gewerkschaftliche und politische Bewegung.) Wer vor 15 Jahren über die Arbeiterbewegung hier in unserm Orte hätte schreiben sollen, hätte nur wenig berichten können. Wohl waren während der Zeit des Sozialistengesetzes, so schreibt uns ein Genosse, einige Handwerker in den damaligen Fachvereinen organisiert, auch die sozialistische Literatur fand Eingang. Die große Masse der Handwerker kümmerte sich aber wenig darum. Sie hielten es nicht der Mühe für wert, weil sie meistenteils wenig mit Arbeitslosigkeit zu rechnen hatten, obwohl der Arbeitslohn ein sehr geringer war. Im Winter fand jeder Beschäftigung in der Zucker- und Zichorienfabrik; infolgedessen hatte sich ein einigermaßen erträgliches Verhältnis zwischen Kapitalisten und Arbeitern gebildet. Die Fabrikanten konnten damals die Arbeitskräfte nicht entbehren, denn die Technik war noch nicht so weit entwickelt wie heute. Die Fabriken waren bis zum Frühjahr in Betrieb und die Fabrikanten waren froh, wenn die Handwerker bei ihnen zur Arbeit kamen. Von der Arbeiterbewegung war denn auch nichts zu verspüren, höchstens zu den Reichstagswahlen kam etwas Leben unter die Einwohner. Doch in der Mitte der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts änderte sich das Bild. Nach den 1890er Reichstagswahlen wurde verschiedenen Handwerkern beim Beginn des Fabrikbetriebes zur Antwort: „Für Sie ist keine Arbeit vorhanden.“ Ob den Protzen das damalige Wahlresultat in die Knochen gefahren war, wir wissen es nicht; genug, eine ganze Anzahl bekam keine Arbeit, trotzdem von Organisation nichts zu verspüren war, sondern die Handwerker fast alle den patriotischen Klimbimvereinen angehörten. Jede kleine freiheitliche Bewegung in diesen Vereinen wurde auch damals schon von den maßgebenden Personen des Ortes mit Argusaugen beobachtet. Einer Anzahl von Handwerkern wurde natürlich durch solche Anmaßungen die Augen geöffnet; als sich die Organisationen des Baugewerbes in Magdeburg immer mehr entwickelten, fand sich auch hier eine ganze Anzahl Kollegen, die sich der Organisation anschloß, und heute kann mit Genugtuung konstatiert werden, daß die Arbeiter des Baugewerbes fast vollzählig organisiert sind. Auch die Metallarbeiterorganisation hat sich im vorigen Jahre gut entwickelt, so daß heute alle in Magdeburg arbeitenden Metallarbeiter ihrer Organisation angehören. Mit der Erstarkung der gewerkschaftlichen Organisationen stellte sich natürlich das Bedürfnis ein, auch Versammlungen abzuhalten. Doch da waren bis heute alle Verhandlungen mit den Gastwirten vergeblich. Die Herren nehmen wohl gern die Groschen der Arbeiter, aber zu Versammlungen will man die Arbeiter nicht sehen. Doch wir wußten uns zu helfen. Wir mieteten eine Wohnung, in der wir unsre Mitgliederversammlungen abhalten konnten. Dies ging natürlich den Machthabern im Orte zu weit. Mit allen nur erdenklichen Mitteln vertrieb man uns von einer Wohnung in die andre. Es würde zu weit führen, die Schlechtigkeit und Niedertracht hier alle anzuführen, mit der man uns bekämpfte. Nur einen recht krassen Fall möchten wir anführen. Als uns ein sehr patriotischer, aber durch allerlei Schicksalsschläge in Not geratener Hausbesitzer einmal einen Stallboden vermietet hatte, maßregelte man den schon Bejahrten aus dem Kriegerverein hinaus, was sich der Mann, der den Feldzug mitgemacht hatte, so sehr zu Herzen nahm, daß er bald darauf verstarb. Auch das militärische Grabgeleit wurde ihm verweigert. Wahrlich, auf jede Art und Weise hat man es versucht, uns zu schädigen, doch die Kollegen, die nun einmal durchdrungen waren von dem Gedanken der Arbeiterbewegung, konnten nicht besser zusammengeschweißt werden, als es durch solche Maßnahmen geschah, und wir können uns bei allen denen bedanken, die in sich den starken Mann fühlten, die Arbeiterbewegung ersticken zu können. Für die gewerkschaftlich organisierten Kollegen erwächst nun aber auch die Pflicht, ihre Schuldigkeit zu tun; denn in der politischen Bewegung sieht es nicht vom besten aus. Dem Sozialdemokratischen Verein gehören nur erst wenige Mitglieder an; ebenso steht es mit der Parteipresse. Wer als Gewerkschaftler und Parteigenosse gelten will, besuche die Versammlungen, werde Mitglied vom Parteiverein und Abonnent der „Volksstimme“. Wer heute noch Mitglied eines Klimbim-Vereins ist und die bürgerliche Presse unterstützt, die uns in dieser Zeit so schwer beschmutzt hat, der versündigt sich an seiner Familie und seinen Klassengenossen. Tue jeder seine Schuldigkeit und wird werden uns dann bald den Orten unsres Wahlkreises anschließen können, die uns heute noch als Vorbild dienen können. Hinein in den Arbeiterverein und hinaus aus den Klimbim-Vereinen: das sei unsre Losung! —

Osterwieck, 31. Januar. (Lohnbewegung.) Die hiesigen Weißgerber sind mittels Einschreibebriefs vom 27. Januar um eine Lohnerhöhung bei den Fabrikanten vorstellig geworden. Sie stellten folgende Forderungen: 1. Lohnerhöhung von 1,50 Mark pro Woche (früher 21,00 jetzt 22,50 Mark). 2. Ein Aufschlag von 6 Prozent auf diesen Lohnsatz für Weißlederzurichter. 3. Verkürzung der Arbeitszeit an jedem Sonnabend um ½ Stunde. 4. Die Abmachungen sollen in Form eines Tarifs abgeschlossen werden und bis zum 1. April 1908 Gültigkeit haben. Die Arbeitgeber sind darauf zusammengetreten und haben folgende Zugeständnisse gemacht: Punkt 1 wird bewilligt, doch haben die Arbeiter die Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung mit 42 Pfennig pro Woche in Zukunft selbst zu tragen; früher bezahlten die Arbeitgeber diese Beiträge. Punkt 2 wird abgelehnt, doch wird den Zurichtern für die kleinsten Lammfelle ein Preis von 5,50 Mark zugebilligt. Punkt 3: „für jeden Sonnabend“ wird abgelehnt, für die Vorabende an den Festtagen zugestanden. Punkt 4: Der Vertrag soll auf 4 Jahre, also bis zum 1. April 1910, abgeschlossen werden bei vierwöchentlicher Kündigung vor Ablauf des Vertrags; außerdem soll den Vertrag jeder Arbeitgeber mit seinen Leuten abschließen und nicht mit dem Verbandsvorstand. Wie wir nun erfahren, ist am 30. Januar eine Einigung zwischen den beiden Parteien erfolgt. Es ist ein Vertrag abgeschlossen, der bis 1909 läuft und nur kleine Aenderungen an den von den Fabrikanten von Anfang an gemachten Zugeständnissen enthält, so daß ein Streik vermieden worden ist. Auch die Kündigung der Handschuhmacher bei der Firma M. Otto ist zurückgezogen worden, dieselben arbeiten zu den alten Bedingungen weiter. —

Schöppenstedt, 31. Januar. (Aufniedliche Zustände) läßt die Verhandlung der letzten Stadtverordneten-Versammlung schließen, über welche die „Elmzeitung“ wie folgt berichtet: „Die vom Magistrat beantragte Untersuchung der Brunnen auf ihre Wassergüte, in deren Hintergrunde sich die Wasserleitung befindet (?), ruft vielfachen Widerspruch und infolgedessen eine eingehende Debatte hervor. Stadtv. Probst bemerkt, er mache die Bewilligung der Kosten für Untersuchung unsres Trinkwassers davon abhängig, daß die betr. Brunnen vier Wochen vor Entnahme der Wasserprobe ordentlich gereinigt würden. Dem wird zugestimmt (!!) und dabei von verschiedenen Seiten hervorgehoben, daß man, um sich für oder gegen Anlage einer Wasserleitung entscheiden zu können, wissen müsse, wie unser Trinkwasser beschaffen sei.“ Wenn das nicht just aus Schöppenstedt berichtet würde, dann möchte man schier nicht dran glauben! —

Staßfurt, 1. Februar. (Mobilmachung gegen den Konsumverein?) Lakonisch meldet das hiesige „Tageblatt“: „Sämtlichen Eisenbahnern der hiesigen Station ist ein Schriftstück vorgelegt worden, in dem aufgefordert wird, die etwaige Mitgliedschaft zum Konsumverein unverzüglich aufzugeben.“ Von wem wird den Eisenbahnern das Schriftstück vorgelegt? Nach den Erfahrungen, die man an andern Orten gemacht hat, wird man wohl annehmen müssen, daß es die vorgesetzte Behörde ist, die von den Eisenbahnern die unverzügliche Aufgabe ihrer Mitgliedschaft beim Konsumverein fordert. Was in aller Welt aber die Eisenbahnverwaltung die Privatverhältnisse ihrer Arbeiter angehen, das hat man bisher noch nirgends erfahren. —

Wernigerode, 31. Januar. (Die Parteigenossen) werden ersucht, für die am Montag den 5. Februar stattfindende Wahlvereinsversammlung lebhaft zu agitieren, damit diese wieder so gut besucht wird, wie die letzte. Die Tagesordnung ist wichtig. Es soll Bericht von der Generalversammlung erstattet und die Wahl der Ortsleitung vorgenommen werden. —

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 31. Januar 1906.

Wegen Beihilfe zur unbefugten Ausübung der Schankwirtschaft wurde der Flaschenbierhändler Wilhelm Noack hier, geboren 1854, vom Schöffengericht am 21. November 1905 mit 5 Mark Geldstrafe belegt. Die eingelegte Berufung wurde verworfen. —

Diebstahl. Der Arbeiter Andreas Schlicht hier, geboren 1852, stahl am 5. Dezember 1905 dem Kutscher Fimmel aus der Leutestube eine Taschenuhr nebst Kette und versetzte sie für 2 Mk. Der vielmals vorbestrafte Angeklagte erhielt deswegen 4 Monate Gefängnis. —

Erfolgreiches Wiederaufnahmeverfahren. Der Kaufmann Otto Müller zu Staßfurt, geboren 1872, war längere Jahre, bis zum 29. November 1902, in der Fettenfabrik der Firma Friedrich Klinke daselbst als Geschäftsführer tätig. Er soll seine Vertrauensstellung dazu benutzt haben, fortgesetzt die Geschäftsbücher sowie die für die Kunden ausgeschriebenen Rechnungen zu fälschen und die mehr eingezogenen Geldbeträge in seine Tasche gesteckt haben. Die Kammer verurteilte den Angeklagten am 4. März 1904 wegen schwerer Urkundenfälschung zu 6 Monaten Gefängnis. Die Eröffnung des durch den Justizrat Dr. Sello in Berlin eingeleiteten Wiederaufnahmeverfahrens wurde von der hiesigen Strafkammer abgelehnt, auf eine Beschwerde

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 27. Magdeburg, Freitag den 2. Februar 1906. 17. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

32. Sitzung.

Berlin, 31. Januar, nachm. 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Niemand.

Die erste Beratung des Antrags Hompesch (Ztr.) und Genossen über die

Freiheit der Religionsübung (Toleranzantrag)

wird fortgesetzt.

Abg. Frhr. v. Hertling (Ztr.): Meine politischen Freunde sind von dem bisherigen Verlauf der Debatte wenig erfreut. Das liegt besonders an dem Abg. Müller-Meiningen, der eine so wichtige Sache benutzte, um unkontrollierbare Histörchen vorzubringen (Zust. i. Ztr.) und Beichtstuhlgeschichten zu erzählen, die man überhaupt nicht erzählen sollte. (Heiterk. links.) Die Frage, ob das Austragen liberaler Zeitungen eine Sünde ist oder nicht, will ich nicht beantworten. (Heiterk. links.) Dagegen bedaure auch ich die päpstliche Empfehlung des vom Abg. Müller-Meiningen erwähnten Gebetbüchleins. Man wird im Vatikan, wo man wenig deutsch versteht, den Inhalt des schön ausgestatteten Buches nicht recht verstanden haben. Möge der Abg. Müller-Meiningen seinen Spaziergang durch den Lustgarten der katholischen Gebetbüchlein fortsetzen, vielleicht findet er dabei ein Körnchen Heilswahrheit. (Beif. i. Ztr., Heiterk. links.) Ernsthafter sind die Ausführungen des Abg. Dr. David zu nehmen. Nach dem sozialdemokratischen Programm kann ein Sozialdemokrat gläubiger Christ sein, aber das Prinzip des Klassenkampfes schließt aus, daß ein Katholik Sozialdemokrat sein kann. — Wir denken gar nicht daran, die Kirche vom Staat zu trennen. (Beif. i. Ztr. u. lebh. Hört, hört! links.) Wenn die protestantische Kirche die Freiheit nicht vertragen kann, so ist das kein Grund, sie der katholischen Kirche zu versagen. Wir werden unsern Antrag so lange einbringen, bis die allseitig verurteilte Politik der Nadelstiche gegen die katholische Kirche aufhört. (Lebh. Beif. i. Ztr.)

Abg. Hoffmann (Soz.): Zunächst beantrage ich namens meiner Fraktion die Verweisung des Toleranzantrags an eine 21gliedrige Kommission. Unsre prinzipielle Stellung hat Genosse David schon dargelegt. Wir wollen die Trennung von Staat und Kirche und damit auch die Trennung von Schule und Kirche. Diese Trennung ist die Vorbedingung jeder religiösen Freiheit. Der Vorredner meinte, ein Christ könne niemals Sozialdemokrat sein. Nun, es gibt Geistliche, die darüber andrer Ansicht sind. Die auffällige Aenderung, die das Zentrum an § 4 seines Antrags vorgenommen hat, gibt sehr zu denken. Wird den Dissidentenkindern Religionsunterricht aufgezwungen, so wird die Schule zu einer Zwangsanstalt gegen religiöse Freiheit herabgewürdigt. — Dr. Bachem hat einen feierlichen Verzicht auf Ketzerverbrennungen ausgesprochen. Das ist die bekannte Saure-Trauben-Fuchsgeschichte. (Heiterk.) Hätten Sie noch die Macht, so würden Sie, fürchte ich, das Ketzerverbrennen fortsetzen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) — Wir werden das Brauchbare aus dem Gesetzentwurf annehmen. In der Tat bedarf unsre zum Spott gewordene Religions- und Gewissensfreiheit dringend der gesetzlichen Sanktionierung. Es müssen Zustände beseitigt werden, die es ermöglichen, einen Dr. Wille auf administrativem Wege ins Gefängnis zu werfen, weil er Moralunterricht erteilt hat, ohne an einen persönlichen Gott zu glauben. Die Gerichtshöfe urteilen heute so, morgen so, je nach dem eben oben wehenden Winde. Das ist nicht verwunderlich in einer Zeit, in der der höchste Beamte des Reiches in der Duellangelegenheit einen direkt zu Gesetzesverletzungen auffordernden Erlaß vorlesen läßt. (Sehr richtig! i. Ztr.) Sagt doch ein altes deutsches Sprichwort: „Wie der Herr, so's Gescherr." (Heiterk.) — So sehr wir jeder Erleichterung auf dem Gebiet der Religionsfreiheit zustimmen, so sehr haben wir Ursache, insbesondere gegen das Zentrum mißtrauisch zu sein. Das Zentrum verlangt vom Staate Toleranz, aber die katholische Kirche denkt nicht daran, Toleranz zu gewähren. Am Schutz der Kirche durch die Staatsanwälte fehlt es doch wahrhaftig nicht. Im letzten Thoma-Prozeß gegen den „Simplicissimus" wandte sich der Staatsanwalt gegen die Vernehmung des Professors Forel als Sachverständiger, denn ein Mann, der öffentlich Gott leugne, besitze nicht die sittlichen Qualitäten, um in dem Falle ein Urteil zu fällen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wenn Sie Ihrer Kirche Vorteil verschaffen können, sind Sie in den Mitteln nicht wählerisch. In Berlin hat ein katholischer Pfarrer ein Kind gegen den Willen der Eltern mit Hilfe der Großmutter getauft. Freilich handeln auch manche evangelische Geistliche nicht anders. So taufte in Wittenberge ein Pfarrer ein einer dortigen Anstalt überwiesenes Dissidentenkind hinterrücks gegen den Willen der Eltern. So etwas nennen wir pfaffenhaftes Buschtleppertum. (Gr. Heiterkeit links.) Ich erinnere in diesem Zusammenhange auch an die bekannten Wiedertaufen in Bremen. Der evangelische Pfarrer Römer in Remscheid trat aus dem evangelischen Bunde mit der Erklärung aus, es sei Heuchelei, in einer Zeit die katholische Kirche zu bekämpfen, in der man in der Evangelischen Kirche völlig katholische Zustände einführe. Die Kirche enthält den Kindern sogar die besten Dichtwerke unsrer Nation vor. Der Rektor der katholischen Mädchenschule in St. Johann verweigerte die Verteilung einer ganz unschuldigen Volksausgabe von Schillers Werken. Man kann dazu nur sagen:

O vergib dem Vaterland,
Meister, seinen Unverstand

(Heiterkeit.) In Lilienthal wurde die Leiche eines Sozialdemokraten auf dem Schindanger begraben. Infolge Gerichtsbeschlusses mußte sie wieder ausgegraben werden und wurde feierlich bestattet. Der Zentrumsabgeordnete Brust aber erklärte öffentlich: Sozialdemokraten gehören auf den Schindanger. (Hört, hört! links.) Das ist Zentrumstoleranz! Auch in der Frage der Feuerbestattung haben sich die Geistlichen beider Konfessionen durchweg höchst intolerant gezeigt, obwohl die Feuerbestattung gegen kein Dogma der christlichen Kirche verstößt. Gegen die Sozialdemokratie setzen die katholischen Geistlichen nicht bloß Lokalabtreibungen, sondern auch Dreschflegel in Tätigkeit. Aber wie soll man sich darüber wundern, da die Organe der katholischen Kirche sogar ihre eignen polnischen Glaubensbrüder nicht viel besser behandeln. Wie kann man in einer Zeit von Toleranz sprechen, in der es oben heißt: Nur ein guter Christ kann ein guter Soldat sein. Was sollen dazu die zahlreichen Juden und Dissidenten sagen, die tapfere Soldaten sind? Streng genommen könnte ein wahrer Christ kein guter Soldat sein, denn im fünften Gebot ist klar und deutlich geschrieben: Du sollst nicht töten! (Staatssekretär Graf Posadowsky hat am Bundesratstisch Platz genommen.) Der § 4 des Zentrumsantrags schützt die Dissidenten nicht. Wie notwendig aber der Schutz der Dissidenten vor zwangsweiser Teilnahme ihrer Kinder am Religionsunterricht ist, zeigen die von mir in dem vorigen Jahre angeführten Fälle aus Küstrin und Waidmannslust bei Berlin. In Waidmannslust mußte nicht nur ein Dissidentenkind den Religionsunterricht über sich ergehen lassen, sondern der Vater wurde auch gezwungen, eine Bibel anzuschaffen. Als er sich weigerte, wurde ihm ohne gerichtliche Entscheidung ein Regulator gepfändet. Das ist recht hübsch. Wenn die Uhr durch die Bibel ersetzt wird, so weiß kein Mensch mehr, was die Glocke geschlagen hat. (Gr. Heiterk. links.) — Wie gegen die Fassung des § 4, so müssen wir auch gegen die Fassung des § 12 stimmen. Der Austritt aus der Landeskirche darf nicht erschwert, sondern er muß erleichtert werden, denn in der Zeit des preußischen Schulgesetzes bildet der Massenaustritt aus der Landeskirche das einzig wirksame Protestmittel. Darum hat auch ein frommer und auf dem Boden des Christentums stehender Mann, wie mein Parteigenosse Göhre, öffentlich zum Massenaustritt aufgefordert. Wenn solche Leute sich dazu aufrappeln, so zeigt das, wie weit die Sachen gediehen sind. Auch die Bremer Lehrerschaft hat sich aufgerappelt und erklärt, daß die Gedankengänge syrisch-arabischer Beduinen sich nicht zum Lehrgegenstand für Schulkinder eignen. Auch die preußische Lehrerschaft protestiert trotz ihrer bureaukratischen Bevormundung gegen das neue Schulgesetz. — Das Zentrum fordert Toleranz, aber die Geistlichen der katholischen wie der evangelischen Kirche suchen durch ungesetzliche Maßnahmen, z. B. durch Verweigerung der Taufscheine, den Austritt aus der Kirche zu verhindern. Wir sind in Preußen-Deutschland nicht vorwärts, sondern rückwärts gegangen. Bei seinem Regierungsantritt wandte sich Wilhelm, der nachher der Große zubenannt wurde, gegen orthodoxe Heuchelei und Scheinheiligkeit; später aber prägte er den Satz, daß die Religion dem Volke erhalten werden müsse. Aus Furcht vor der Sozialdemokratie klammert sich der Staat an die Kirche an. Als Gegendienst verlangt die Kirche, daß Wissenschaft und Erkenntnis möglichst aus der Volksschule verbannt werden. Alexander von Humboldt wollte die Naturerkenntnis in den Mittelpunkt des Volksschulunterrichts gestellt wissen, Sie (zum Zentrum und nach rechts) aber wollen Religion, Religion und wieder Religion in der Volksschule lehren lassen und alle Fächer mit Religion durchtränken. Sie führen immer den Heiland im Munde; aber Sie handeln nicht nach seinen Worten.

Er predigte Liebe und Freiheit und Gleichheit mit ernstem Mund,
Sie haben ihn drum gekreuzigt; es war ihnen gar zu bunt.
So kreuzigt man noch jeden, der von Freiheit und Gleichheit spricht.
Das konnten sie niemals vertragen, vertragen's noch immer nicht!

(Gr. Heiterk. u. Beif. b. d. Soz.) Sie haben aus der Religion eine Dienerin der Herrschenden und Besitzenden und ein Werkzeug gegen die Mühseligen und Beladenen gemacht. (Lachen rechts.) Charakteristisch für die Toleranz, die in Deutschland herrscht, ist die Einschränkung des freien Verfügungsrechts der Gemeinden über die Schulräume und die Behandlung der freireligiösen Gemeinden. Um die Rechte der juristischen Person zu erwerben, hat sich die Freireligiöse Gemeinde in Berlin in Offenbach einregistrieren lassen. Sie heißt also jetzt offiziell: Freireligiöse Gemeinde in Berlin mit dem Sitz in Offenbach. (Heiterkeit.) Bezeichnend ist auch, daß das preußische Volksschulgesetz den Dissidenten den letzten Weg abschneiden will, der ihnen blieb, um ihre Kinder vor kirchlicher Mythologie zu bewahren, nämlich sie in jüdische Schulen zu schicken, was sie übrigens nicht aus Vorliebe für den Mosaismus taten. Der § 12 wird dazu dienen, die Klosterschulen, diese Stätten schlimmster Intoleranz, wieder aufleben zu lassen. Und alles das geschieht in demselben Augenblick, da man in Frankreich die reinliche Scheidung von Kirche und Staat und von Schule und Kirche durchgeführt hat. In Frankreich ist der Religionsunterricht durch Moralunterricht ersetzt worden. Dort lehrt man in den Schulen die Liebe zu den Eltern, während bei uns empfohlen wird, auf Vater und Mutter zu schießen. Wir nehmen den Toleranzantrag als kleine Abschlagszahlung hin, wir werden aber nicht eher ruhen und rasten, bis das Kostbarste, das wir besitzen, die Jugend, bis die Schule und der ganze Staat aus den Banden der Reaktion, der Verpfaffung und der Verdummung gerettet sind. (Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Abg. Dr. Stöcker (Wirtsch. Vg.): Eine solche Rede im deutschen Reichstag zu hören, ist schmerzlich, nicht nur aus dem Gesichtspunkt der Religion, sondern auch aus dem der Bildung. Daß die Gotteslegnung auf das ganze geistige Leben verheerend wirken muß, darin kann uns diese Rede nur bestärken. Die Lehren vom Ausland können wir nicht brauchen. (Lachen b. d. Soz.) Die Dissidentenkinder sollen nicht am Glaubensunterricht teilnehmen, wohl aber mit der Geschichte Jesu Christi ein großes Stück Kultur in sich aufnehmen. (Lachen b. d. Soz.) Der Darwinismus ist von der Fachwissenschaft längst aufgegeben, und nur den Entwicklungsgedanken hat man noch beibehalten. Die christlichen Gewerkschaften sind lediglich eine Folge der sozialdemokratischen Gottlosigkeit. Die Forderung, auch Freidenker, Deisten und Atheisten in unsre protestantische Gemeinschaft aufzunehmen, die auf der festen Grundlage eines Bekenntnisses steht, kann nur ein Mann, wie der Abg. Dr. Müller-Meiningen, stellen, der über diese Frage nicht genügend nachgedacht hat. — Zur Sache selbst können wir einer so intoleranten Kirche, wie der katholischen, schrankenlose Freiheit nicht einräumen, sind aber gern damit einverstanden, daß die kleinen Schikanen gegen die religiösen Gemeinschaften beseitigt werden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Fürst Radziwill (Pole): Die Rede des Abg. Stöcker war nach der vorhergehenden eine wahre Erquickung. Wir hoffen, mit diesem Antrag zu einem gesetzgeberischen Resultat zu gelangen und mit seiner fruchtbaren Anregung allmählich die religiösen Vorurteile gegen die katholische Kirche zu überwinden, was besonders für uns Polen, die wir unter der ungerechten nationalen Voreingenommenheit leiden, ein wahrer Segen wäre. (Beifall bei den Polen und im Zentrum.)

Abg. v. Gerlach (Freis. Vg.): Ich begrüße den Antrag des Zentrums als ersten Schritt auf dem Wege zur Trennung von Staat und Kirche. Auch daß das Zentrum keinen Wert mehr auf § 166 (Gotteslästerung) legt, freut mich sehr. Hoffentlich ist nun auch das Zentrum damit einverstanden, den Austritt aus der Kirche möglichst zu erleichtern und sie nicht zu einer Zwangsinnung zu machen. (Sehr gut! links.) Als ich Verwaltungsbeamter war, galt es geradezu als staatliche Pflicht, dem Katholizismus politische Hindernisse in den Weg zu legen. (Hört, hört! im Zentrum.) Jetzt will der Zentrumsantrag in dieser Hinsicht endlich das Reich über die Einzelstaaten stellen. Hoffentlich tut es das auch in der Verfassungsfrage, die wir später behandeln werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) So wollen wir das Gute aus dem Zentrumsantrag heraussuchen und ihn dann der Regierung empfehlen. (Bravo! links.)

Abg. Osel (Ztr.): Selbst der Abg. Hoffmann stand auf einem höheren Niveau als Dr. Müller-Meiningen. Nur hätte er angesichts der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung, die Bände spricht, nicht von der Intoleranz der katholischen Kirche sprechen sollen. (Lachen b. d. Soz.) Der Abg. v. Vollmar mußte sich wiederholt gegen die Pfaffenfresserei und Kulturkampfpauker niedrigster Art in den Reihen seiner eignen Partei, auch des Abg. Bebel, wenden. Auf die Frage des Darwinismus gehe ich nicht ein, weil man sich in fremde Familienangelegenheiten nicht einmischen soll. (Große

Zu Mozarts 150. Geburtstag.

(Nachdruck nur nach vorheriger Vereinbarung gestattet.)

III.

Wir kommen zum letzten Teil unsrer Betrachtung: Was ist Mozart unsrer Zeit? Was bedeutet insbesondere seine Musik für das werktätige Volk, das einen Kunsthunger an den Meisterschöpfungen der Dichter, Maler und Musiker stillen möchte?

Unerschöpflich groß ist die erzieherische Kraft dieses herrlichen Naturmusikers für die Jugend. Robert Schumann rief einst aus: „Gebt Beethoven den Jüngeren nicht zu früh in die Hand, kräftigt und stärkt sie lieber mit dem frischen und lebensreichen Mozart."

Mozarts Tonsprache ist charakterisiert durch die Vereinigung der höchsten Natürlichkeit mit der höchsten Anmut. Deshalb hat man ihn die Verkörperung des Genius des musikalisch Schönen genannt. Anmut, Heiterkeit und Natürlichkeit sind aber Gaben, die die Jugend am ehesten schätzt, weil sie sie selbst besitzt. Deshalb liebt die Jugend Mozarts Musik. Aber diese Musik ist ein Jungbrunnen nicht nur für die an Jahren und Vernunft Jungen, nein auch für die an Empfängniskraft und an Genußfähigkeit Jungen und Unerschöpften, für unsre Arbeiter!

Ja, hier ist der unversiegliche Jungbrunnen, in dem sich Herz und Seele des deutschen Arbeiters nach Staub und Fron der Tagesarbeit rein und frisch baden sollen. Mozart ist der beste Erzieher zur Freude, zur heiteren Geselligkeit.

Aus seiner Kammermusik, aus seinen Sinfonien, vor allem aus seinem Unvergänglichsten, den heiteren Opern, strahlt so viel Lebensfreude, goldene Heiterkeit und natürliche Herzenswärme zurück, daß bei diesen Tönen der Bedrückteste aufatmet, daß ein sonniger Schein das finsterste Gesicht überzieht. Diese Musik spricht in absoluter Verständlichkeit schöne Sinnlichkeit aus, und die Wonne an den Freuden dieser — nehmet alles nur in allem — schönen Welt wird laut in ihr.

Freilich, die auch in der Kunst erschlafften und übersättigten Maßbürger zucken heute geringschätzig die Achseln über Mozart. Sie gähnen bei der G-moll-Sinfonie und langweilen sich bei den Streichquartetten. Der gute Mozart ist ja schon „veraltet" und er bietet so gar nichts Aufregendes, keinen Paprika für die Nerven wie die moderne Musik, die ja vorwiegend in Literatur und Philosophie macht!!

Wird es jedem naiv und unverbildet gebliebenen Menschen frei und wohlig ums Herz, wenn die süßen goldenen Melodien des Unsterblichen erklingen, so ist der Arbeiter, der mit offenen Sinnen sich dieser ebenso leichten wie herzlichen Kunst nähert, geradezu der „ideale Zuhörer" Mozarts zu nennen. Der Arbeiter, der eine Oper, eine Sinfonie Mozarts genossen hat, wird gewiß nicht nörgeln: „Das ist aber veraltet!" Ihm verkörpert Mozart geradezu die ewige Jugend.

Warum wirkt nun gerade Mozart so leicht eingängig auf das Herz der deutschen Volksgenossen? Warum z. B. stärker wie Bach, wie Beethoven, wie Wagner, um nur diese drei Großmeister der deutschen Tonkunst zu nennen? Die Antwort hierauf ist im früher Gesagten schon enthalten. Weil Mozart das absolut Schöne in der Musik verkörpert, d. h. das durch sich selbst, durch die eigensten Mittel der Musik, Rhythmen, Melodie und Harmonie, Schöne. Das ohne Programm, ohne Erklärung und Schlüssel Verwandte und Schöne aber findet offen Zugang bei jedem von Natur aus empfänglichen Musikhörer.

Johann Sebastian Bach und die getürmte gotische Architektur in seinen Orgelwerken und Messen ist gewiß groß und feierlich, aber sein Wesen ist streng, herb und durch die vielstimmige Satzweise eigentlich mehr ein Genuß und eine Erbauung für fachmännisch geschulte Ohren.

Beethovens Töne wiederum sind das Höchste und Erschütterndste, was die Kunst aller Zeiten und Zonen jemals hervorgebracht hat und wohl auch jemals hervorbringen wird. Aber der Zugang zum Verständnis dieser Prometheus-Natur geht durch Mozart. Beethoven kann in seiner Totalität nicht erfaßt werden ohne Mozart. Dieser aber ist für sich und durch sich selbst zu ergründen.

Richard Wagner darf nur mit großer Einschränkung mit der absoluten Musik in Verbindung gebracht werden. Wagner will nur als Dramatiker verstanden sein, seine Musik ist der untrennbare Ausdruck des Dramas, ein tönender Spiegel der Dichtung, nur ein Mittel des Gesamtkunstwerks nach seiner eignen Theorie, die heute schon ein wenig zu verblassen beginnt.

Der Einfluß Wagners auf unsre gesamte Kultur ist ein so tiefgehender, daß es sich schon verlohnt, zwei Worte über sein Verhältnis zu Mozart zu sagen. Nun, um es kurz zu machen: es gibt keine stärkeren Gegensätze wie Mozart und Wagner. Sie schließen sich aus und bekämpfen sich, wie Wasser und Feuer. Tag und Nacht, Hingebung und Trotz, Freude und Weltschmerz, Romantik und altdeutsche Sagenwelt sich bekämpfen.

Alle aufpeitschenden, großartigen Gewalten, aber unter doch niederschlagenden und lähmenden Elemente sind in der Musik des Zauberers von Bayreuth zusammengebracht. Deshalb ist die Wagnersche Musik der sicherste musikalische Ausdruck der modernen Zeitseele geworden, die tief an innerer Zerrissenheit, an jäher Unrast, an seelischer Unruhe, an Freudlosigkeit krankt.

Der ganze Pessimismus und Rationalismus der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts tönt seine Klage aus Tristan und aus dem Nibelungenring, dem Weltgedicht des Materialismus, wie auf der andern Seite der mystische Erlösungsdrang aus Lohengrin, Tannhäuser und Parzival. Das ist alles nichts zum Ausruhen, zum friedlichen Genießen. Das peitscht und quält, das erschüttert und erwürgt, das sind musikalische Philosophie-Systeme und Kulturprobleme in Noten!

Das ist alles nichts für die Seele unsres arbeitenden Volkes, das in der Musik keine Leiden, keine schmerzensvollen Ekstasen, keine Schwere, keine Kämpfe sucht, dafür aber Freude, Schönheit, Erhebung und leichte Anmut, vor allem ein Ausruhen der Seele von den Kämpfen des grauen Alltags will!

Und deshalb, kommt her alle, die ihr mühselig und beladen seid, kommt zu Wolfgang Amadeus Mozart. Kommt zu seinen tausend Zärtlichkeiten, zu der milden, natürlichen Sprache der Anmut und Liebe, die euch, auf Stunden wenigstens, die Sorgen von der Stirn verjagt und das Leben lebenswert macht! —

Heiterkeit im Zentrum.) Wenn jemand glaubt, daß sein Urgroßvater ein Affe war — er muß es ja wissen (Heiterk. i. Ztr.), aber wir verwahren uns gegen diese Verwandtschaft. (Zuruf b. d. Soz.: Und das sagt ein Oesell Gr. Heiterk.) Ich schreibe mich mit o, aber es gibt Esel, die sich mit e schreiben. (Stürm. Heiterk.) Der Abg. Dr. Müller-Meiningen ist ein ganz leichtfertiger Mann. (Präsident Graf Ballestrem ruft den Redner zur Ordnung.) Es ist traurig, daß man eine Katze nicht eine Katze nennen darf. Das von ihm zitierte Erbauungsbuch des Herrn „Pitschnau" kennt der Abg. Müller-Meiningen augenscheinlich gar nicht, denn der Verfasser schreibt sich mit einem B. (Stürmisches Lachen links.) Wenn der Abg. Müller-Meiningen von Grunzen gesprochen hat, so wissen wir ja, daß er sich so viel mit Schweinereien beschäftigt, daß er damit nicht aus seinen gewohnten Umgangsformen herausfällt. Ueberhaupt ist Herr Müller-Meiningen weder Protestant, noch Jude, noch Katholik. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Schrader (Freis. Vg.): Der Abgeordnete Osel ist doch sicher der allerletzte, der sich über den Ton eines andern beschweren dürfte. Wenn das Reich gegen die Auswüchse der Landesgesetzgebungen auf religiösem Gebiete vorgehen will, so sollte es in erster Reihe ein Gesetz wie das jetzige in Preußen über die Schule unmöglich machen. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Freis. Vp.): Das Zentrum täuscht sich furchtbar, wenn es glaubt, daß ich hier nicht im Namen meiner ganzen Partei spreche. Solange die Attentate des Klerikalismus auf unsre Kultur nicht aufhören, werde ich gegen ihn ankämpfen, auch wenn sie mir in ihrer Presse ganze Kübel voll Unrat über den Kopf schütten. (Lebhafte Zustimmung links.) Die unfreiwillige Komik der Ausführungen des Abg. Osel möchte ich nicht durch eine lange Entgegnung abschwächen. Besonders übel hat er mir den in der Kampfeshitze gefallenen Ausdruck „grunzen" genommen. Aber für die Töne, die das Zentrum bei meiner Rede ausstieß, gab es keinen parlamentarischen Ausdruck.

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, Sie hätten doch einfach von „unartikulierten Lauten" sprechen können. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Müller-Meiningen (fortfahrend): Ich zöge eigentlich „animalische Töne" hervor. (Gr. Heiterk.) Die Unduldsamkeit auf protestantischer Seite kann mit der Macht der internationalen katholischen Hierarchie gar nicht verglichen werden. Das Zentrum läßt sich von der gewaltigen Organisation der klerikalisierten Kirche unterstützen, lehnt aber alle Verantwortung für die Folgen ab. Warum stimmt es nicht dem Antrag zu, den Mißbrauch des geistlichen Amtes zu politischer Beeinflussung unter Strafe zu stellen? So aber läßt es uns nachweisen, daß dieses klerikale System der Todfeind jeder Kultur ist, läßt uns hinweisen auf den Theologieprofessor Bautz in Münster, der die Temperatur und den Ort der Hölle genau bestimmt hat (Heiterkeit links), und antwortet uns nur, daß das mit seinem Gesetzesvorschlag nichts zu tun hat. — In den letzten Tagen sind mir wieder ganze Stöße von Belegen für katholische Intoleranz zugegangen. Es sind Dinge darunter, die wahrhaft zum Himmel schreien. (Lärm im Zentrum. Präsident Graf Ballestrem bittet um Ruhe.) Da ist unter anderm der Brief eines katholischen Geistlichen an ein junges Mädchen, das er vor der Ehe mit einem Protestanten warnt. Es heißt in dem Briefe unter anderm: „Setzen Sie nicht wegen des Sinnenkitzels Ihre ganze Seligkeit auf das Spiel." (Zwischenrufe im Zentrum.) Es scheint, das Wort „Sinnenkitzel" regt die Herren vom Zentrum mächtig auf. (Gr. Heiterk. links. Gr. Lärm i. Ztr.) Herr v. Herling erklärte sich mit Emphase für einen modernen Menschen. Er protestiert dagegen, daß man der katholischen Kirche Dinge vorwerfe, die in verflossenen Jahrhunderten passiert wären. Nun, noch im Jahre 1864 hat der Papst die Forderung der Gewissensfreiheit als Verrücktheit bezeichnet. (Vielfaches Hört, hört! links.) — Wir sind gewiß entschiedene Gegner einer Politik kleinlicher Nadelstiche gegen die katholische Kirche; aber mit dem Klerikalismus ist nach Zanardellis treffendem Worte kein Frieden möglich, wenn der moderne Staat, die moderne Wissenschaft sich nicht selbst aufgeben wollen. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Henning (kons.) erklärt, daß seine Freunde sowohl den ersten als den zweiten Teil des Toleranzantrages ablehnen.

Damit schließt die Diskussion. Das Schlußwort für die Antragsteller hat

Abg. Dr. Spahn (Ztr., auf der Tribüne schwer verständlich): Wir wollen den freien Kampf der Geister nicht beseitigen; wir haben vielmehr gerade, um ihn zu einem wahrhaft freien zu machen, den Toleranzantrag eingebracht. — Unsre Gegner operieren fortwährend mit Beichtruhigeschichten. Ich muß erklären, daß, wer die Antworten seines Beichtvaters preisgibt, lieber gar nicht zur Beichte gehen sollte. (Sehr wahr! im Zentrum.) Die strafrechtliche Verfolgung eines katholischen Geistlichen wegen Absolutionsverweigerung hat dem Kulturkampf den Hals gebrochen, und jetzt kommt ein Mitglied der Freisinnigen Partei und fordert das Einschreiten des Staates gegen den Beichtstuhl. (Vielfaches Hört, hört! im Zentrum.) Ein solches Verhalten muß ich vor ganz Deutschland kennzeichnen. Kein anständiger Mensch wird das billigen. (Stürmische Zustimmung im Zentrum, große Unruhe links.) Das katholische Volk wird sich nicht von der Führerschaft seiner Geistlichen trennen. (Stürmischer Beifall im Zentrum.)

In einer persönlichen Bemerkung erklärt

Dr. Müller-Meiningen (Freis. Vp.), daß er nur Fälle krasser klerikaler Intoleranz gegeißelt, aber nicht ein Einschreiten des Staates verlangt habe.

Der Antrag auf Kommissionsberatung wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Die zweite Beratung wird also im Plenum stattfinden.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr. (Beginn der zweiten Etatlesung mit dem Etat des Reichstags und dem des Reichsamts des Innern.)

Schluß 6½ Uhr. —

Vermischte Nachrichten.

* **Neurungen in der Papiererzeugung.** Die Papierindustrie ist stets auf der Suche nach Ersatzmitteln für das Holz, das immer höher im Preise steigt. Man hat schon eine Reihe von Naturprodukten, die weit billiger kommen, in Aussicht genommen, um die Zellulose des Holzes durch ebensolches Material aus Pflanzen zu ersetzen, die sonst wenig Wert haben. Seit mehreren Jahren wird schon der Torf in England und in andern Ländern zur Papiererzeugung versucht. Die erhaltenen Resultate waren aber so wenig ermutigend, daß kaum die Aussicht besteht, in der nächsten Zeit dieses Pflanzenmaterial als Ersatz des Holzes in größerem Maße verwendet zu sehen. Nun hat man auch das Heidekraut als brauchbares Mittel für die Papierfabrikation gepriesen. Es wurden damit Versuche angestellt, die zwar anfänglich wenig Erfolg brachten, aber nicht so aussichtslos schienen, daß man davon ganz absehen sollte. Jetzt werden an mehreren Orten Deutschlands Fabriken für die Erzeugung von Papier aus Heidekraut eingerichtet, die nach der Annahme erfahrener Fachmänner gewinnbringend sein dürften, weil die Erika, das Heidekraut, ja an vielen Orten so massenhaft als Unkraut vorkommt, daß man sonst für sie keine rechte Verwendung hat. In Heidedistrikten, die sonst holzarm sind, würde eine solche Fabrikationsart wohl erfolgreich sein. Viel mannigfaltigeres Material für Herstellung von Papieren würden die Tropen bieten, wenn nicht der Transport viel zu teuer käme. Dennoch will man jetzt daran gehen, die Rinde des Affenbrotbaumes in großen Mengen nach Europa zu bringen, weil deren Faser sich sehr vorteilhaft zur Papiererzeugung eignen würde und ihre rationelle Ausnützungsfähigkeit sie auch noch für andre industrielle Zwecke verwendbar erscheinen läßt. Die Fasern der Rinde des Affenbrotbaumes sind so stark, daß die afrikanischen Eingebornen daraus Stricke drehen. Sie ergibt aber in der Papierfabrikation einen großen Prozentsatz an Abfall, der diese Art der Verwendung wenig nutzbar machen würde, wenn es nicht bereits gelungen wäre, dafür ein andres Feld der Ausnutzung zu finden. In absehbarer Zeit darf man daher darauf rechnen, daß die Papierindustrie nicht mehr darauf angewiesen ist, die heimischen Wälder in Anspruch zu nehmen. —

* **Eine mißglückte Weltreise.** Es waren einmal in Berlin zwei „Bimmelbollejungen", die fuhren den ganzen Vormittag auf dem Milchwagen, trug Milch aus und hätten es wohl auch heute noch getan, wenn sie nicht eines Tages einen Indianerschmöker gelesen hätten, der ihnen die weite Welt gar zu schön und abenteuerlich schilderte. Da kam ihnen der Milchwagen und die ganze große Stadt Berlin doch gar zu klein vor. Sie beschlossen, zu fliehen, und mit der Eisenbahn dahin zu ziehen, wo das Geld auf der Straße lag. Zunächst aber fanden sie das Geld in ihrer Tageskasse. Dann ging es schleunigst nach dem Potsdamer Bahnhof. Hier stieß den beiden, die erst 14 und 15 Lenze zählten, das erste Abenteuer zu. Ein sehr freundlicher, guter Herr kam klagend seines Weges und jammerte den Jungen, daß böse Sirenen ihm in einer Kneipe die gesamte Barschaft weggenommen hätten. Jetzt habe er nur noch einen — allerdings kostbaren — Brillantring, den wolle er nun verkaufen. Die beiden Knaben waren gerührt von dem Schicksal des alten Herrn und gaben ihm 60 Mark. Dafür erhielten sie den Ring. Dieses war der erste Streich, doch der zweite folgt sogleich. Auf dem Leihamt wurde ihnen mitleidlos gesagt, daß der Ring keine 50 Pfennig wert sei. Unterdes war auch der Zug fort, und in der Reisekasse lagen nur noch 20 Mark. Nun versuchten sie ihr Glück in einer andern Himmelsrichtung. Sie gingen zum Lehrter Bahnhof. Hier war wieder ein freundlicher, guter Mann, der ihnen die Mühe, Fahrkarten zu kaufen, abnahm, und damit auch die letzten 20 Mark selbst. Während sie noch halb betäubt über ihre Unfähigkeit, eine Weltreise richtig zu „entrieren", nachdachten, nahm sie ein Herr beim Kragen und brachte sie nach dem Alexanderplatz. Hier fand die Weltreise ein Ende. Hoffentlich kommt als Endresultat nicht Gefängnis heraus. —

* **Eine Schilderung des Teufels.** Die Leuchten der katholisch-theologischen Wissenschaft bei uns, die man doch wohl in den Professoren der königlich preußischen Universitäten erblicken darf, stehen einem krassen Aberglauben nicht fern. Der bekannte Dr. Bautz, Professor an der Universität Münster, hat, „mit Genehmigung des bischöflichen Ordinariats von Mainz", zwei Bücher über „Die Hölle" und „Das Fegefeuer" herausgegeben, die den Inhalt seiner Universitätsvorlesungen wiedergeben. Seine Ansichten über den Teufel seien hier wiedergegeben: „Die Annahme ist durchaus nicht unwahrscheinlich, daß einzelnen hervorragenden Teufeln ein weiteres Arbeitsfeld gegeben ist. Ihnen liegt es ob, hervorragende, heiligmäßige Personen durch stärkere und listigere Versuchungen zu beunruhigen. Ihnen liegt es ob, gegen eine größere Kontrumität den Kampf zu leiten, und zu dem Ende werden ihnen Teufel niederer Ordnung zur Hilfeleistung unterstellt; sie unterrichten und ermuntern dieselben, schicken sie hierhin und dorthin, eilen auch wohl selbst hinzu, um hilfreich einzugreifen. Die Besessenheit kommt dadurch zustande, daß der Teufel seiner Substanz nach innerlich im Menschen Wohnung nimmt. Der Teufel ist imstande, die Samenzellen organischer Wesen an die geeignete Stelle zu bringen, damit sie dort nach Umständen zuvor, durch männlichen Samen befruchtet, zu lebendigen Wesen sich entwickeln. Er vermag durch Anwendung der entsprechenden Heilmittel oder auch durch direkte Einwirkung auf den Organismus heilbare Schäden und Krankheiten zu beseitigen.

. . . . Was die teuflische oder schwarze Magie betrifft, so ist sie von der weißen oder natürlichen sorgfältig zu unterscheiden. Wir verstehen unter ihr das gottlose Bestreben eines Menschen, auf Grund eines ausdrücklichen oder stillschweigenden Paktes mit dem Satan Wirkungen zu setzen, die über die Kraft des Menschen hinausgehen. Daß derartige Dinge tatsächlich vorkommen, kann ohne Irrtum im Glauben nicht geleugnet werden. . . . Unter den denkbar verschiedensten Gestalten ist Satan schon erschienen: als Wolf, Bär, Stier, Bock, Ziege, Fuchs, Kater, Hund, Maus, Fledermaus, Vogel, Hahn, Eule, Drache, Kröte, Eidechse, Skorpion, Spinne, Fliege, Mücke; oder er erscheint in Menschengestalt als Mohr, Bauer, Schiffer, Geistlicher, Eselstreiber, geputztes Weib." —

Vereine und Versammlungen.

Tabakarbeiter.

Die am 27. Januar im Lokale von Prautsch abgehaltene Versammlung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes war nur schwach besucht. Das vorgesehene Referat des Arbeitersekretärs Mössinger wurde aus diesem Grunde auf die nächste Versammlung verschoben. Die Abrechnung ergab eine Einnahme von 1150,54 Mk., eine Ausgabe von 656,15 Mk und einen Kassenbestand von 494,39 Mk. Die Lokalkasse hatte 165,35 Mk. Einnahme, 80,50 Mk. Ausgabe und 84,85 Mk Bestand. Schanz berichtet über die in Halberstadt stattgefundene Gaukonferenz. Gedde und Hagel erstatteten Bericht über die Sitzungen des Gewerkschaftskartells. Im „Verschiedenen" wird beschlossen, der Kommission zur Bekämpfung der Tabaksteuer in Berlin aus der Lokalkasse 30 Mk. zu überweisen. Lehnisch rügt das Verhalten einiger Kollegen, welche in angeheitertem Zustande in die Versammlung kommen und dieselbe durch Zwischenrufe fortgesetzt stören. Ein Mitglied schloß man aus diesem Grunde auf 1 Jahr von jedem Versammlungsbesuch aus. Ferner wurde bedauert, daß die Kollegen von Mühlrad u. Selle es nicht der Mühe wert halten, in die Versammlung zu kommen. —

Wasserstände.

					Fall	Wuchs
Iser, Eger und Moldau.						
Jungbunzlau	29. Jan.	+ 0.08	30. Jan.	+ 0.10	—	0.02
Laun	„	+ 0.33	„	+ 0.30	0.03	—
Budweis	„	+ 0.04	„	+ 0.10	—	0.06
Prag	„	+ 0.15	„	+ 0.47	—	0.32
Unstrut und Saale.						
Straußfurt	30. Jan.	+ 1.50	31. Jan.	+ 1.55	—	0.05
Weißenfels Untp.	„	+ 1.12	„	+ 1.08	0.04	—
Trotha	„	+ 2.72	„	+ 2.74	—	0.02
Aisleben	„	+ 2.46	„	+ 2.48	—	0.02
Bernburg	„	+ 2.00	„	+ 2.03	—	0.03
Calbe Oberpegel	„	+ 1.88	„	+ 1.90	—	0.02
Calbe Unterpegel	„	+ 1.88	„	+ 1.90	—	0.02
Mulde.						
Dessau Muldebrücke	30. Jan.	+ 0.88	31. Jan.	+ 0.94	—	0.04
Elbe.						
Pardubitz	28. Jan.	— 0.12	30. Jan.	+ 0.18	—	0.30
Brandeis	„	+ 0.03	„	+ 0.01	0.02	—
Melnik	„	— 0.18	„	+ 0.08	—	0.26
Leitmeritz	„	— 0.05	„	+ 0.02	—	0.07
Aussig	30. „	+ 1.23	31. „	+ 0.50	0.73	—
Dresden	„	— 1.13	„	— 0.95	—	0.18
Torgau	„	+ 0.77	„	+ 1.00	—	0.23
Wittenberg	„	+ 1.75	„	+ 1.86	—	0.11
Roßlau	„	+ 1.25	„	+ 1.30	—	0.05
Barby	„	+ 1.90	„	+ 1.90	—	—
Schönebeck	„	+ 1.72	„	+ 1.70	0.02	—
Magdeburg	31. „	+ 1.70	1. Febr.	+ 1.67	0.03	—
Tangermünde	30. „	+ 2.52	30. „	+ 2.55	—	0.03
Wittenberge	„	+ 2.51	„	+ 2.43	0.08	—
Broda-Domitz	„	+ 2.27	„	+ 2.10	0.17	—
Lauenburg	„	+ 2.42	„	+ 2.22	0.20	—

Unser Lager verringert sich zusehends

Wenn Sie sich nicht sehr beeilen, sind Sie nicht mehr in der Lage

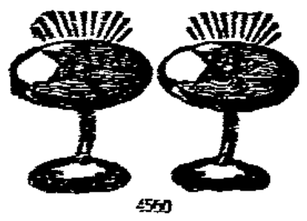
Wundervolle Brillierende **Sarita Diamanten** die feinste Imitation der Welt

zu dem lächerlich billigen Preise von **75** Pfennig das Stück zu kaufen.

Tausende von diesen wurden früher zu 8 Mark das Stück verkauft.

Sarita of New York, Breiteweg 47

Cravatten Nadel. 3029 Früher 8 Mark. jetzt 75 Pf.



4560 Manschetten-Knöpfe. Früher 8 Mark. Jetzt 75 Pf.

1115 Brosche. Früher 8 Mark. Jetzt 75 Pf.

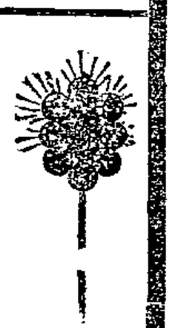
Ring. Früher 8 Mark. Jetzt 75 Pf. 28

2057 Ohrringe. Früher 8 Mark. Jetzt 75 Pf.

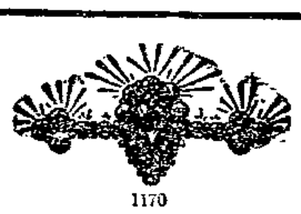
22 Ring. Früher 8 Mark. Jetzt 75 Pf.

Schrauben-Ohrringe. Früher 8 Mark. Jetzt 75 Pf.

2056



Cravatten-Nadel. 3000 Früher 8 Mark. Jetzt 75 Pf.



1170 Brosche. Früher 8 Mark. Jetzt 75 Pf.

Ring. 25 Früher 8 Mark. Jetzt 75 Pf.

Protektor des Erzbischofs, Pius 9., sich in Bewegung gesetzt und dem Nuntius Chigi den dringenden Auftrag erteilt, die Vertreter der Mächte zur Intervention aufzufordern. Lord Lyons hatte sich der Aufgabe entzogen, der amerikanische Gesandte jedoch, der, mit der Vertretung der deutschen Interessen in Paris während der Belagerung betraut, sich beständig dort aufhielt, hatte sich bereit erklärt, die Vermittlung zu übernehmen. Ein permanenter, von Rigault ausgestellter Passierschein gestattete ihm, den Erzbischof täglich zu besuchen. So sah sich Thiers von zwei Seiten durch Bitten und Vorstellungen bedrängt. Wenig jedoch zu einer günstigen Antwort geneigt, besonders seit der Veröffentlichung des ersten Briefes über die Hinrichtungen, verschanzte er sich hinter die Notwendigkeit, den Ministerrat und die Kommission der Fünfzehn zu befragen . . . .

Abbee Lagarde, nach vier Besuchen auf den zweitnächsten Tag vertröstet, benachrichtigte davon den Erzbischof und De Flotte und berichtete ihnen über den durch die Mitteilungen im Affranchi verursachten Mißerfolg . . . Den 18., als alles beim alten blieb, hatte Monseigneur Darboy an seinen Vikar geschrieben und ihm nur noch vierundzwanzig Stunden zu bleiben erlaubt. Als Antwort darauf meldete Lagarde in einem mit Bleistift gekritzelten Billet, daß Thiers ihn immer noch zurückhalte; er würde schreiben, sobald wieder . . . Den 23. brachte eine durch eine vertrauenswürdige, von Washburne und dem Nuntius entsandte Persönlichkeit überbrachte Order dem Geistlichen den Befehl, zum Erzbischof nach Mazas zurückzukehren: „Man konnte nicht begreifen, daß zehn Tage einer Regierung nicht genügten, einen vorgeschlagenen Tausch anzunehmen oder abzulehnen.“ So standen die Dinge, in einem trüben, etwas verdächtigen Zwielicht, in einem Mysterium von Berechnungen und Hintergedanken, das durch die Geheimhaltung der Entscheidung des Ministerrates und der Kommission der Zehn noch beunruhigender wurde.

Versheim wunderte sich, wie wenig Verständnis seine Sympathien für die Geiseln fanden. Er bewunderte Monseigneur Darboys edle Erscheinung, sein bewährtes Festhalten an den Grundsätzen der gallikanischen Kirche, die Größe der Ideen, mit der er im letzten Konzil die weltliche Macht bekämpft hatte. Er, der Protestant, sorgte um sein Geschick weit mehr, als die Katholiken. Grandpree kniff diplomatisch die Lippen zusammen: das war ein Gegenstand äußerster Zurückhaltung. Es war nutzlos, sich darüber in eine Diskussion einzulassen; er hätte dabei die intimsten Gedanken dessen enthüllen müssen, der in dieser Sache nicht die schönste Rolle spielte.

Seine Mutter lächelte ihr gewohntes nachsichtiges Lächeln, das sich mit liebenswürdigem Wohlwollen in alles schickte und in dem wohligen Bewußtsein der gesicherten, behaglichen Existenz alles freundlich

beurteilte. Anina und Claire traten ein. Frau von Grandpree begrüßte sie mit herzlicher Anmut.

Zärtlich betrachtete Versheim seine Tochter und bemerkte, wie ein Schatten der Enttäuschung über ihre Züge flog. Sie dachte nicht an ihn, der für mehrere Wochen schied, sondern an Du Breuil, der für eine Stunde fern blieb! Unwillkürlich ergriff ihn ein Gefühl trauriger Wehmut . . . Das war das ewige Gesetz: die Jugend strebt mit jedem Nerv ihrem Schicksal, dem Lichte zu, während die Alten Schritt für Schritt in den Schatten zurückweichen . . . Was tun? So ist es eben! Wenigstens bauten seine Kinder sich ein glückliches Heim, an dessen häuslichem Feuer er sein entwurzeltes Alter wärmen durfte. Wenn nur Anina glücklich wurde und auch Maurice eine gute, liebe Frau fand, dann war seine Aufgabe erfüllt . . .

Den nächsten Morgen nahmen die Poncets in dem Speisezimmer, dessen Fenster trotz der kühlen Luft offen standen, ihren Milchkaffee. Im Gärtchen zwischerten die Vögel in dem dichten Laubdach der im rosigen Schmuck ihrer Blüten prangenden Kastanienbäume. Durch den leichten Dunst funkelten gleich zahllosen Diamanten die Fenster von Paris im Glanz der Sonne. Frau Poncet, die eine große Brotschnitte mit duftend frischer Butter bestrich, sagte mit liebevollem Blick:

„Das ist für Dich, Martial. Heute gibt es keine warmen Kipfel.“

„Allerdings“, bestätigte Poncet, „in den Backöfen ist die Nachtarbeit verboten.“

Er zuckte die Achseln. Martial ließ sich verwöhnen, während er sich in Sehnsucht nach Arbeit und im Gefühl seiner Ohnmacht verzehrte. Was tat er hier? Wie konnte man Künstler sein und Künstlerisches schaffen in dieser Umwälzung der ganzen Existenz, wenn die Quellen der Begeisterung allerorten vergiftet waren? . . . Als Bürger verwarf er eine Partei nach der andern und fand in keinem dieser Extreme eine gebieterische Triebfeder des Handelns. Fast beneidete er seine Eltern, die ihre Sorgen durch frische Tätigkeit betäubten. Seine Mutter, die unermüdlich in den Ambulanzen sich abmühte, als weltliche Krankenpflegerin den Nonnen zur Seite stand, den Verwundeten ihre Schmerzen linderte. Sein Vater . . . Voll Verehrung betrachtete er die geistvollen Züge mit den feurigen Augen, die breite Stirn mit der grauen Locke. Der Chemiker schob seine Tasse von sich und blickte vergnügt über den klaren Himmel und das in durchsichtigem Dunste sich vor seinen Augen ausbreitende Paris. Dann wandte er sich zu Frau und Sohn und lächelte ihnen mit einer mit Schwermut gemischten Malice zu:

„Das ist ein Datum, das einen Markstein in der Geschichte unserer Liga bedeutet. Dienstag der 25. April! Die armen Leute von Neuilly werden sich seiner erinnern! Ah! wenn der Waffenstillstand den Beginn

möglichen Verröhrung aufhört, dem Versammlungsurteil der Gefeldtäglich zu entgehen.

Sonnet tönnt eine Grimasse:

„Die polternde Stimme des Gemahlinen, der keine Trohungen nicht ausführt. Sie wenigst liberalen Blätter nehmen Dieses heilige Recht der Verröhrung für sich in Anspruch! Es sehlte nur noch, daß man uns als Feinde behandelte! Gewiß legen wir uns der roten Angeredtigkeit der einen oder anderen aus. Doch diese Verstimmung wird vorüber-gehen. Was ist ohne Verröhrung möglich? Solche Worte sind eines orzentlichen Regierung, einer französischen Nationalversammlung unwürdig. Sufanre hat seine Absichten entlarvt. Der „Temps“ hat recht.“

Er zitierte aus dem Gedächtnis einen Artikel, der sensuädt erkleinen sollte und den er im Bürgerkrieg gelesen hatte. Die Verröhnung ablehnen, das hieß Paris erbitternen, die Barricaden mit Blut tränken! Das bedeutete den Ueberfall der Häuser durch die Insurgenten und die Truppen, die Auslieferung der Einwohner an die blinde Wut der Aufständischen, die Generbrunst in den Straßen, den Krieg bis aufs Messer, den man gegen die Preußen nicht durchführen vermocht! Nein, über der Gemeinde, über der Nationalversammlung stand die Sorge für den öffentlichen Frieden, hinden die höchsten Interessen der Menschheit!

Er lehte hinzu:

„Kein Wort hat es gesagt: „Die Gewalt gründet nichts, weil sie nichts löst . . .“ Jetzt aber muß ich fort.“

Martial und seine Mutter begleiteten ihn bis zum Gitter. Im selben Augenblick öffnete sich die Gartentür. Stennlos trat Gatille ein, sein gutmütiges Gesicht trug einen sorgenvollen Ausdruck. Er drückte Sonnet die Hand:

„Welches Glück, daß ich Sie antreffe!“

Und zu Martial gewendet:

„Sie sind hier nicht mehr in Sicherheit! Ja, ich habe gestern in der höchsten Kommission eine nette Denunziation gehört: man behauptet Sie, Agent von Versailles zu sein. Es ist ja lächerlich, aberm, oder es ist so! Es gibt im Komitee wahnsinnige Leute, die keinen Spaß verstehen! Ich wollte Sie nur warnen . . . Sie werden sich dann Konnexionen Ihres Vaters aus der Schlinge zu ziehen wissen . . . Aber als Abtrünniger und dem Gesetz der Starrschaftation unterliegend können Ihnen noch andere Unannehmlichkeiten erwachsen . . . In einem so wütend roten Arrondissement wie das unsre ist . . .“

Die letzten Worte waren in einem Tone des Bedauerns gesprochen. Er gehörte zu dem Stadtviertel und liebte es. Jeden Dank abwehrend, entfernte er sich ebenso schnell, wie er gekommen.

„Teufel!“ sagte Martial. „Ich habe nicht die geringste Lust, die weiche Schlinge wieder umzuhinden.“

schüttelten und doch notgedrungen sie vorläufig noch schonend. So Luttier, der seit seiner Flucht aus der Conciergerie jeder Autorität trotzte und, von Zuchthäusern umgeben, keine Laiden mit Stebolbern vollstopfte; seine Getreuen, Hanier d'Alvin und Billion, sicherten ihm in Montmartre und Vitrimontant eine Stätte und nährten angesichts der ausstehenden Gemalt die Verschwörung der Unzufriedenen. Er selbst war um so unzufriedener, da er bei den Ergänzungswahlen am sechzehnten durchgefallen war. So will, in dem man vor allem den Vertreter des Zentralkomitees zu treffen suchte, und der, in Zwietracht gelebt, sich nun in der Munitionskommission breit machte, ganz stolz darauf, Auliers Wahl bestimmt und vorbereitet zu haben. So Vergeret, der am Tage nach seiner Zweiteilung bei der Sitzung im Rathaus präsidierte und auf irgend eine einträgliche Stelle lauerte . . .

Mehr als alles aber, mehr als Blei? verzehrten Monsitte, fürchtete die Kommune das gänzlich neu konstituierte Zentralkomitee, das seine gierigen Hände immer weiter ausstreckte. Da es das Schiff in Gefahr sah, trachtete es, seinen trügerischen Platz, seine führende Stelle wiederzuerobern. In der letzten Sitzung gritt Vroreau die unhaltbaren Zustände offen an: das Komitee müsse seine repolutionäre Aufgabe wieder übernehmen; eine neuerliche Versammlung der Nationalgarde müsse ihm ein bestimmtes, deutlich umgrenztes Mandat übertragen, damit es die höchst Kontrolle ausüben könne.

Besonders aber hatten Vroaul Vrigaults letzte Taten und die gefährdete Lage des Wohlfahrtsausschusses interessiert. Er erblickte in den bestimmten Vergewaltigungen der inquisitorischen Zwecken einen der schlimmsten Fehler der Kommune. Glücklicherweise hatte der Schurke durch seine Mitschuldigkeit die Gelegenheit seiner Freunde erkaufte. Vilorell, der nicht nur die Schuldscheine von Chambey, sondern auch die Stoffe des Blattes „Le Cri du Peuple“ geschlossen hatte, indem er den Redakteur verhaften ließ, war abgesetzt worden. Auch hatte man der Gesellschaft die Summe von 183 000 Franc, die ihr bei einer Ausschüttung abgenommen worden war, zurückerstattet. „Ilebeerlier“, hatte der „Officiel“ triumphiert. Endlich wurde zur besseren Stellung jedes Mitglieds der Kommune berechtigt, die Gefängnisse zu besuchen, und drei Delegierten wurde das Amt der Visitierung und der Eingabe übertragen . . . Kein Zweifel, daß Vilamitt, wenn er diesen Gelegenheit erfuhr, Schabal machen und sich gegen den darin ausgesprochenen Tadel zur Wehr setzen würde. Unabsehbar erwartete Versehen sie neuen Streitigkeiten.

„Da ist Gerarges!“ sagte Frau von Grandpree.

Ihre feinen Züge verfärbten sich. Sie hatte ein ungemein lebhaftes Gehör, und ihr Mutterherz erriet in dem leisen Geräusch ferner Schritte die Nähe des Sohnes. In ihm, dem eleganten Manne mit dem sichteren Taktgefühl und den vortrefflichen Umgangsformen lebte sie lebhaft wieder auf.

Mit gemütlicher Ruhe trat Grandpree ein, küßte seiner Mutter die Stirn und drückte Hersheim die Hand:

„Sehe! lächle Sitzung heute im Rathaus! Einer unserer ergebenen Freunde brachte uns eben Bericht. Es geht ja gut zu in Versailleria! Sie haben sich wieder einmal untereinander aufgerieben. Wenn das so fortgeht, findet man, wenn wir eines Tages die Tür öffnen, nichts weiter vor als „einen Haufen von Knochen und zerfetztem Fleisch für die Hunde“. — Er lächelte über den Witz und fuhr dann fort: „Mégault hat verlangt, daß man den gefangenen Weichlich, wenigstens so weit er sich auf die Gefangenen bezieht, wiederrufe. Aronuld lächelt entrüstet auf. — Was für Stuhl plagt Sie Arete? — protestiert gegen die Unmoralität und die Ungerechtigkeit des Gefängnisverfahrens und fordert die Öffentlichkeit der Untersuchungen: Lycis tut desgleichen. Mégault erklärt, daß ohne Geheimverfahren keine Untersuchung und seine Polizei möglich sei und gibt seine Demission als Delegierter. Ferre schließt sich ihm an.“

„Bravo!“ rief Hersheim. „Und wer tritt an seine Stelle?“

„Einer namens Gournet . . . Freuen Sie sich nur nicht zu früh! Die doppelte Güte in der Kommission mußte doch ausgefüllt werden: so ernannte man — wollen Sie, wen? — Ferree und Mégault. Wie gut sie kommission doch ist! Ganz wie die Gloions im Zirkus, die auf einer Seite die Tür zuschlagen und auf der andern wieder erscheinen . . . Es wäre komisch, wenn es nicht so traurig wäre.“

Die Wiederkehr trat zu. Hersheim nickte zustimmend mit dem Kopfe. Grandpree trieb sich in heimlichem Triumph den Schmutzbart.

Ein offizielles Birtular hatte denselben Tag das Eintreffen der

tapferen Soldaten von Gravelotte angekündigt und den Heldenmut ihrer Niederlage gerühmt. In einer gerechten, aber in einer solchen Zeit wie Speichelleckerei klingenden Huldigung feierte man die vom Schicksal Besiegten, die glorreich Geschlagenen als die zukünftigen Sieger. Mehr als einer unter ihnen mußte den Weihrauch allzu aufdringlich finden. Dieselbe Proklamation notifizierte mit befriedigter Härte die Kämpfe der letzten Tage und verkündete, daß am zwanzigsten Vagneur den Föderierten weggenommen, deren Angriff längs einer mit Leichen besäten Straße abgeschlagen, die verhaßte rote Fahne mitsamt ihrem Träger genommen worden war.

Nach Beendigung der Geniearbeiten sollten die konzentrierten Truppen bald zu den aktiven Operationen übergehen. Der totale Effektivbestand wurde einzeln aufgezählt: dreiundfünfzig Batterien jeden Kalibers, sechzig Marinegeschütze, fünfundvierzig Infanterieregimenter, zwei aus republikanischen Garden und Gendarmen gebildete Regimenter, dreizehn Kavallerieregimenter, zehn Chasseurbataillone, zehn Geniekompanien, außerdem eine Reserve von sechzigtausend Mann.

Grandpree rieb sich die Hände und betrachtete die glänzenden, wohlgepflegten Nägel.

„Was die Kraft zu vollbringen bereit ist, bereitet die List vor! Domalain und Charpentier haben eine ganze kleine Armee am Platze. Arrohujon ist im Begriff, Cluseret, Cournet — und noch etliche andre einzuschließen! Boudard ist nahe daran, Passy zu erreichen und hält Oberst Laporte in Atem. Und das ist noch nicht alles!“

Mit geheimnisvoller Miene betrachtete Grandpree noch aufmerksamer seine langen, schlanken Hände. Unwillkürlich blickte auch Hersheim darauf hin und ihm war, als könnte keine politische Arbeit deren makellose Weiße und Zartheit beflecken.

„Wenn Sie zurückkommen“, schloß Grandpree, „sind wir jedenfalls wieder in Paris. Bis dahin wird es vorbei sein mit dieser Regierung von Affen und Tigern, mit dieser traurigen Hanswurstiade, die der Zielpunkt des Gespöttes für Europa und selbst für die Neue Welt ist! . . . Erinnern Sie sich der schönen Geschichte, wie Grousset urbi et orbi den schmeichelhaften Besuch meldete, mit dem der bevollmächtigte Minister der . . . . Aequatorrepublik ihn beehrt hatte . . . . Haha! das war ein falscher Minister, mein Lieber! Die vortreffliche Farce eines schlechten Spaßvogels!“

Die alte Dame seufzte:

„Gott wird sich endlich unser erbarmen! Auch diese Zeiten werden vorübergehen.“

Hersheim dachte an den Erzbischof und erkundigte sich nach dem Erfolg der versuchten Schritte. Doch Grandpree verhielt sich sehr reserviert. Es war noch nichts entschieden . . .

Indessen hatte, gleichzeitig mit Blanquis Freunden, der natürliche

eines wirklichen Friedens bedeutete, dann würde ich noch weniger all die Mühe bereuen, die er uns gekostet!“

Wie vieler Versammlungen, Unterredungen und Schritte hatte es bedurft, um die Ueberlebenden aus ihren zertrümmerten Häusern, ihren Kellerlöchern, in denen sie sich verborgen hatten, zu befreien und vor dem Feuer, das seit drei Wochen von Versailles und von Paris aus Neuilly in einen Friedhof verwandelte, in Sicherheit zu bringen! Auf welchen Widerstand elender Eigenliebe war man gestoßen! Angesichts dieses an alberne Formalitäten sich klammernden Hochmuts, angesichts dieser Aeußerungen unversöhnlichen Hasses konnte man sich in ein von Wilden bewohntes Land versetzt wähnen.

Neun Tage lang erschöpfte man sich in Besuchen und Vorstellungen, sowohl bei der rechthaberischen Kommune, als auch bei dem sich taub stellenden Thiers; man wurde von Cluseret zu Dombrowski, von Barthelemy Saint-Hilaire zu Vadmirault geschickt. Keine konnte sich entschließen, als erster die weiße Fahne aufzupflanzen. Endlich erhielten Bonvalet von Paris, Sruvny von Versailles das gewünschte Versprechen . . . Den 20. besinnt sich Versailles wieder: in eine Waffenruhe willigen, heißt, den Insurgenten die Rechte von Kriegführenden zuerkennen. Und das — niemals! . . . Den 21. findet man einen Ausweg: zwei Delegierte der Liga — man hatte zuerst an Clemenceau und Floquet gedacht — sollten als Parlamentäre von seiten der Ordnungspartei, zwei andre von seiten der Aufständischen auftreten . . . So war die Tradition gewahrt, der Stolz gerettet. Den 25., von neun Uhr morgens bis fünf Uhr abends, sollten die Kanonen schweigen.

Der gestrige Tag war mit Vorbereitungen aller Art ausgefüllt gewesen. Während die Kommune, die die Ehre an dem Erfolg für sich in Anspruch nahm, fünf ihrer Mitglieder zu entsenden beschloß, um das Rettungswerk zu leiten und neben der Kundmachung der Liga eine offizielle Proklamation veröffentliche, hatten Poncet und seine Freunde alle Kräfte in Bewegung gesetzt, um die Transporte und die Verproviantierung zu sichern. Alles war bereit: soeben sollten dreißig Ambulanzwagen, welche eine Anzahl von Geschäftsleuten und der Bon Marché zur Verfügung gestellt hatten, vom Industriepalast aus abfahren; das Haus Duval wollte Suppe, Fleisch und Brot verteilen. In den öffentlichen Etablissements und den verlassenen Häusern waren Wohnungen hergerichtet worden; ein von Malon erlassenes Dekret hatte den Bewohnern der bombardierten Straßen Unterkunft in den intakt gebliebenen Stadtteilen zugesichert.

„Nun denn,“ sagte Poncet, „es ist Zeit! Meinen Mantel, Agathe. Ich weiß nicht, wann ich nach Hause komme . . .“

Unermüdlich tätig, war er einer von den Hundertdreißig, die ihre Hilfe zugesagt hatten: die einen wollten sich in Permanenz in den Champs-Elysées halten, während er mit andern die Wagen nach Neuilly

begleitete. Er war in so frecher Stimmung, daß er zu pfeifen begann. Sein, noch war vielleicht nichts verloren. Einen Augenblick gab er sich „Hoffnung hin, sie, so oft enttäuscht, immer wieder sich Mahn auch und ließ sich vertrauen in Frankreichs Gütequellen entredt erhielt; der geiunde Sinn des Volkes mußte doch endlich recht behalten, dieses furchtbare Gieber lindern. Die Nation würde sich ins Mittel legen. . . .

Nirgends entlagte die Verzöhnungsliga ihrem Plane: die Bemühungen wurden beiderseits erneuert und verdoppelt. Sieben Abgeordnete hatten sich dem Programm der Liga angeschlossen. Die National-Union für Handel und Gewerbe, ein erstes Mal in Versailles abgewiesen, entschloß sich zu einem neuerlichen Versuch. Sie in Paris wohnenden Provinzialen vereinigten sich und bestimmten, mittlichte aus den Departements kommenden Einwohner zu gewinnen. Der Friedensverbund beschloß die Entsendung von Delegierten nach Versailles, um in energischer Weise den Frieden zu fordern. Dreihundert Mitgeordnetter, Geistlichen und Stadträte der Arrondissements Saint-Denis und Sceaux, die sich in Mincennes versammelt hatten, verlangten in einer Adresse die Niederlegung der Waffen, die Versöhnung unmöglicherer Streitenden, als sie von dem neuen Gesetz verlichen, die Gründung der Republik und der Versammlung von allen Sicherheiten. Der ehrenwerte Westan forderte Thiers auf, seine Demission zu nehmen. Endlich erließ Schoelcher, wählend die Veteranen Deputierten der Linken, die sich selbst zum Schweigen verurteilt hatten, in Kriedsbrieflen die Lual ihrer Ohnmacht aussprachen, einen letzten Aufruf zu einer Transaktion.

er vom Oberlandesgericht in Naumburg am 8. April 1905 angeordnet. Nach der Feststellung in der erneuerten Beweisaufnahme handelt es sich nur um sechs Fälle der Fälschung im Gesamtbetrage von etwa 280 Mk. Die Kammer nahm ein non liquet an, da dem Angeklagten die rechtswidrige Absicht nicht nachgewiesen werden konnte, hob deshalb das erste Urteil auf und erkannte auf Freisprechung. —

Landgericht Halberstadt.

Sitzung vom 31. Januar 1906.

Gefährdung eines Eisenbahntransports. Der Fleischermeister Hermann Röder aus Halberstadt wird beschuldigt, am 14. August 1905 durch Fahrlässigkeit den Transport der elektrischen Straßenbahn gefährdet zu haben, indem er mit seinem Fleischerwagen gegen den Motorwagen fuhr. Es wurde durch den Zusammenstoß nur der Wagen des Angeklagten stark beschädigt. Nach umfangreicher Beweisaufnahme kam der Gerichtshof zu der Ueberzeugung, daß eine Fahrlässigkeit nicht vorliege, sondern vielmehr nur eine Uebertretung. Da aber inzwischen Verjährung eingetreten war, so wurde Röder freigesprochen; die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt. —

Unterschlagung. Der Knecht Gottlieb Römmling aus Osterwieck wurde vom dortigen Schöffengericht wegen Unterschlagung zu 3 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hatte ohne Wissen seines Arbeitgebers für einen andern den Acker zurechtgemacht und die dafür erhaltenen 1,50 Mark unterschlagen. Gegen dieses Urteil hatten der Angeklagte und auch der Amtsanwalt Berufung eingelegt. Beide Berufungen wurden verworfen. Somit blieb es bei dem Urteil.

Ein Zerstörer. Der Lederfärber Gustav Giebel aus Halberstadt ist beschuldigt, am 1. Mai v. Js. den Figuren an dem Aussichtsturm auf Spiegelsbergen die Nasen abgeschlagen zu haben. Der Angeklagte gibt zu, betrunken gewesen zu sein und einer Figur die Nase abgeschlagen zu haben. Da es sich hier um Zerstörung öffentlicher Denkmäler handelt, wird er zu der exemplarischen Strafe von 4 Monaten Gefängnis verurteilt. —

Soziales.

„Machen Sie sich von der Partei frei." An diese Aeußerung des Herrn Dr. Freund in Berlin wurden wir erinnert, als wir in der „Krankenkassen-Zeitung" eine Notiz über den Ausschuß der Landesversicherungsanstalt Schleswig-Holstein lasen. Danach hat der Vorstand ein Darlehensgesuch der Gewerkschaftsherberge Kiel abgelehnt. In Konsequenz der vom Vorstand bekundeten Grundsätze stellte Arbeitersekretär Weber-Kiel im Anschluß einen Antrag auf Kündigung der Darlehenspositionen:

Verein für Stadtmission in Wandsbeck	29 151,30	Mk.
Derselbe	17 000,—	„
Verein Arbeiterbund in Flensburg (eine „Arbeiterorganisation" nach den Wünschen der Unternehmer)	58 446,57	„
Jünglings- und Männerverein Matthias Claudius in Flensburg	39 800,—	„
Arbeiterkolonie in Rickling	51 000,—	„
Landesverein für innere Mission in Neumünster auf Grundstücke in Innien und Rickling	173 612,10	„
in Summa	369 009,97	Mk.

Dieser Antrag wurde mit 10 gegen 9 Stimmen angenommen. Das ist ganz recht. Verweigert man modern organisierten Arbeitern für ebenso zeitgemäße als dringliche Aufgaben Darlehen, dann liegt nicht der geringste Anlaß vor, solche allen möglichen Muckergesellschaften zu belassen. —

Vereins-Kalender.

Deutscher Mühlenarbeiter-Verband, Zahlstelle Magdeburg. Sonntag den 4. Februar, nachmittags 3½ Uhr, Versammlung bei Böhme, Kleine Klosterstraße 15/16. 432

Brauereiarbeiter. Sonnabend den 3. Februar, abends 8 Uhr, Versammlung bei Bartels, Fabrikenstraße. 420

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Magdeburg. Versammlungen finden statt: Sonnabend den 3. d. Mts., Bezirk Olvenstedt bei Gastwirt Nielebock; Sonntag den 4. d. Mts., vormittags 11 Uhr, Sektion der Korbmacher bei Thiering, Tischlerkrugstraße 26. —

Verband der Sattler u. verw. Berufsgen. Versammlung Sonnabend den 3. d. M., abends 9 Uhr, in der „Burghalle". 435

Verband der Kupferschmiede, Magdeburg. Sonnabend abend 8½ Uhr Versammlung bei Böhme. 434

Schönebeck. Verband der Maurer. Sonntag nachmittag 3½ Uhr Versammlung im „Stadtpark". 433

Wernigerode. Wahlverein. Montag den 5. Februar, abends 8 Uhr, Versammlung. 431

Sensationell billige feste Preise!

Die Donnerstag — Freitag — Sonnabend — Sonntag
letzten 4 Tage meines diesjährigen Inventur-Ausverkaufs
bieten außergewöhnliche Vorteile beim Einkauf von

Paletots:
Ulster - Mäntel
Pelerinen, Joppen, Schlafröcke
Gummi-Regenröcke
Beinkleider, farbig
Beinkleider, schwarz
Jünglings-Paletots
Knaben-Paletots
Kieler Pyjacks
Knaben-Hosen
Knaben-Joppen

Räumungs-
halber nochmals sämtliche Preise
ermäßigt.
Bei Einkäufen über 10 Mark
Gratis-Zugaben
bestehend in
Krawatten, Kragen, Manschetten-Knöpfen, Hosenträgern, Taschentüchern, Krawatten-Nadeln, Stöcken, Schirmen usw.

Anzügen:
Jackett-Anzüge
Gehrock-Anzüge
Salon- und Gesellschafts-Anzüge
Smoking-Anzüge
Sport-Anzüge
Jünglings-Anzüge
Knaben-Anzüge
Werktags-Kleidung
Schutzanzüge für alle Gewerke
Arbeitshosen, Joppen, Westen

Extra-Rabatt 10 Prozent in bar.

Massen-Auswahl!

Stoffe
hochmoderne Dessins,
zu
Herren- u. Knaben-Anzügen,
Paletots, Hosen usw.,
jedes beliebige Maß,
enorm billig.
Blaue Cheviots
Meter 1, 2, 2.50, 3—5 Mk.

Bekanntermaßen führe ich ausschließlich bewährte, beste Qualitäten, für deren Haltbarkeit ich die weitgehendste Garantie übernehme. 1?

Heinrich Casper
133 — Breiteweg — 133
Straßenbahn-Haltestelle vor der Tür.

400 hochelegante Phantasie-Westen
in Pikee und Seide, weiß und farbig bunt
jetzt von 1.90 Mk. an.

Kinder-Schreibpulte empfiehlt die Buchhandlung Volksstimme.

Konsumverein Neustadt.
In allen Verkaufsstellen der Genossenschaft zu haben:
Gänsepökelfleisch nur Keulen ½ Kilo 80 Pf.
Gutes amerik. Pökelrindfleisch ½ Kilo 56 Pf.
Heute und morgen
Frische Seefische ½ Kilo 20 Pf.
2495 Der Vorstand.

Heute, Freitag, und morgen, Sonnabend, infolge günstigen Einkaufs
Ausnahmepreise für pa. Rindfleisch
— hiesige Schlachthofware —
ff. Bratenstücke, nur ein Preis, à Pfd. nur 70 Pf.
Suppenfleisch à Pfd. 50—60 Pf.
ff. Kalbfleisch Keule, Niere, Rücken à Pfd. von 50 Pf. an, Brust à Pfd. 40—50 Pf.
Ia. Schweinefleisch zu bekannt billigsten Preisen
Prima Rot- und Damwild 2496
Ragoutfleisch à Pfd. 20—40 Pf., Hals à Pfd. 60—65 Pf., Blätter à Pfd. 60—70 Pf.
Richard Bosse, nur Gr. Marktstr. 20 nur dies eine Geschäft.

J. Brilles
Neustadt, Lübeckerstr. 20.
Trauerhüte
neuste Fassons
sind stets in reichhaltiger Auswahl am Lager. 1?

Gänse-Pökelfleisch billig
bei Moritz Weinberg, Berlinerstr. 1a.

Billige Stiefel
nur Altes Brücktor 2

Den Vorzeigern dieser Annonce
15 Proz. Rabatt
auf alle Papier- u. Lederwaren
beim Einkauf von 1 Mk.
Gadiel Sudenburg Halberstädterst. 121 b. 957

Tüchtige Ausputzer u. Zwickerinnen sucht A. Rosenburg, Ankerstraße 1d.

Grundstück umständehalber sofort billig zu verkaufen. Näheres bei G. Schultze, Olvenstedt, Poltstraße 196. 2477

Frische Sprotten
Pfd 30 Pf., Kiste ca. 4 Pfd. 90 Pf.
Frische Bücklinge
Stück 5 Pf. 2487
Butterhandlg. Edelweiss
Halberstädterstraße 40.

Nähmaschine tadellos näh., für 15 Mk. zu verkaufen Stephansbrücke 6, p.

Restaurant
(Parteilokal)
zu verpachten. Umsatz: 260 Tonnen Bier und viele andre Getränke, 25 000 Zigarren. Forderung für Inventar 4500 Mk., Brauerei unterstützt mit 2000 Mk. Näheres unter K. K. 990 an die Expedition der „Volksstimme" in Magdeburg, Jakobstraße 49. 990

Burg heute Burg
Frische Wurst
Sonnabend und Sonntag
Knoblauchswurst.
C. Plottkow
Zerbsterstraße. 2494

Eine kleine Anzahl
Neue Weltkalender
à 40 Pf.
ist noch vorrätig.
Buchhandlung Volksstimme
Jakobstrasse 49.

Aschersleben
Restaurant „Eintracht"
Sonnabend den 3. Februar
Grosses 2491
Narren- u. Bockbierfest
Hierzu ladet ergebenst ein
Diedrich Weinreich
Froserweg.

Ein Laufbursche
nicht unter 16 Jahre alt, sofort gesucht vom Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Meldungen im Bureau Stephansbrücke 38, morgens zwischen 9 und 1 Uhr und nachmittags zwischen 4 und 8 Uhr. 1?

Wilhelm-Theater.
Freitag den 2. Februar 1906
Größtes Zug- und Kassenstück
Schlager auf Schlager
Bis früh um Fünfe.

Walhalla
Vollständig neuer Spielplan.
Nur Spezialitäten ersten Ranges
Parterresaal:
„Zur Venus-Grotte"
Sonnabend d. 3. u. Sonntag d. 4. Februar
Bockbier-Fest

Stadt-Theater.
Freitag den 2. Februar 1906.
Die Meistersinger v. Nürnberg.

Kredit auch nach ausserhalb!

Möbel

Für 1 Zimmer Anzahl. 8, wöchentl. 1.00
Für 2 Zimmer Anzahl. 15, wöchentl. 2.00
Für 3 Zimmer Anzahl. 25, wöchentl. 3.00
Für 4 Zimmer Anzahl. 40, wöchentl. 4.00
usw. Ferner

Einzelne Ersatzteile
Anzahlung von 5 Mark an.

Anzüge für Herren und Knaben

Damen-Jacketts u. -Kragen
sowie 2403
Manufakturwaren jeder Art.
Teppiche, Portieren, Gardinen usw.
in großer Auswahl.

S. Osswald

Magdeburg, Alte Ulrichstrasse 14, I.
Kunden, welche ihr Konto beglichen, sowie Beamte erhalten Kredit ohne Anzahlung.

Kinderwagen von 5 Mk. Anzahlung an
Größtes Geschäft dieser Art am Platze.

Sudenburg.

H. Zinke Schöningerstrasse 32 — **O. Zinke** Langeweg 58

Wir offerieren: 2493

Allerfeinste Molkereibutter Pfd. 1.25 Mk.

ff. Sauerkohl	Pfd. 5 ₰	Prima kalif. Aprikosen	Pfd. 60 ₰
ff. gr. Salzbohnen	2 „ 25 ₰	„ „ Pflaumen	30 u. 40 ₰
Preiselbeeren	„ 44 ₰	Italienische Edelbirnen	Pfd. 50 ₰
bei 10 Pfd.-Eimern	„ 30 ₰	Mischobst, hochfein	Pfd. 42 u. 48 ₰
Senfgurken	„ 25 ₰	Hart geräuch. pom. Mettwurst	¼ Pfd. 23, Pfd. 80 ₰
Stachelbeeren	„ 50 ₰	ff. Pflaumenmus	Pfd. 15 ₰
Pflaumen	„ 40 ₰		2 Pfd. 25 ₰
Dreifrucht	„ 50 ₰		

Kakao Pfd. 1.00, 1.20, 1.60, 2.60 Mk.

Prachtvoll kochende Hülsenfrüchte!!

Weiße Bohnen	Pfd. 18, 20, 22 ₰	Viktoria-Erbsen	Pfd. 15 ₰
Neue Linsen	Pfd. 25—38 ₰	Geschälte Erbsen	„ 18 ₰
Grüne Erbsen	Pfd. 16 ₰		

Unsre bekannt hochfeinen gerösteten **Kaffees** in allen Preislagen bringen wir in empfehlende Erinnerung.

Mitglied des Rabattsparvereins. Volle Rabattbücher unsrer werten Kunden lösen wir ein.

Schuhmacher-Artikel, sowie Schäfte

alle gangbaren Sorten, in vorzüglicher Ausführung, empfiehlt

Gust. Hoffmeister

Prälatenstraße 21. 136 Annastraße 44.

Im Zirkus

Freitag und Sonnabend, abends 8 Uhr

Pikant! **Mädchenhändler** Pikant!

Sittenbild in 5 Akten von J. J. Hirsch.

Mit kolossalem Erfolge aufgeführt in Berlin und fast allen Hauptstädten.

Preise der Plätze wie bekannt. Vorverkauf im Zirkus und bei Jacobs, Ulrichsbogen.

Nur Erwachsene haben zu den Aufführungen von „Mädchenhändler" Zutritt!

Morgen Sonnabend nachmittag 4 Uhr
Auf allgemeines Verlangen!

Maria Stuart.

Erwachsene zahlen auf allen Plätzen, außer Loge, 20 Pf. Kinder 10 Pf.

Voranzeige.
Donnerstag den 8. Februar
Großer Bühnen-Maskenball.

5 grosse Protest-Versammlungen

Freitag den 2. Februar 1906, abends 8½ Uhr

Versammlungslokale sind für

Neue Neustadt „Weißer Hirsch", Friedrichsplatz 2 — Referent: Dr. Aug. Müller.
Alte Neustadt „Krone", Moldenstraße Nr. 43-45 — Referent: Redakteur Paul Bader.
Sudenburg „Herbster Bierhalle", Schöningerstraße 28 — Referent: Stadtverordneter A. Brandes.
Buckau „Thalia"-Saal, Dorotheenstraße Nr. 14 — Referent: Geschäftsführer Ferdinand Bender.
Altstadt, Wilhelmstadt, Friedrichstadt und Werder „Dreikaiserbund", Gr. Storchstraße 7 — Referent: Stadtverordneter Wilh. Haupt.

2476 **Tagesordnung in allen Versammlungen:**

Preußenrechte und Polizeiallmacht

Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Der Einberufer.**

Deutscher Metallarb.-Verband

364 **Verwaltung Magdeburg.**
Fernsprech-Anschluß Nr. 404. Bureau: Knochenhauerufer 27/28.

Versammlungen finden statt:

Sonnabend den 3. Februar, abends 8½ Uhr
Bezirk Salbke-Westerhüsen im Lokale des Herrn C. Sandmann in Salbke.

Tagesordnung:
1. Das Interesse der Gewerkschaften an kommunalen Angelegenheiten. Referent: Stadtverordneter Hermann Beims, Magdeburg.
2. Verbandsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Branche der Elektromonteure in der „Burghalle", Tischlerkrugstraße 28.

Tagesordnung:
1. Technischer Vortrag. 2. Berufsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Sonntag den 4. Februar, vormittags 10¾ Uhr

Generalversammlung

der Mitglieder aller zur Verwaltung Magdeburg gehörenden Bezirke und Branchen im „Luisenpark", Spielgartenstrasse 1c

Tagesordnung:
1. Bericht des Vorsitzenden über die Tätigkeit des Verbandes im Jahre 1905.
2. Jahres- und Quartalsbericht des Kassierers.
3. Bericht der Revisoren.
4. Beschlußfassung über Anstellung eines vierten Beamten.
5. Antrag des Bezirks Gr.-Ottersleben:
   „Die Generalversammlung beschließt: Für Bildungszwecke hat die Verwaltung pro Jahr und Mitglied 10 Pf. zu verausgaben. Soweit in größeren Bezirken außerhalb des Stadtbezirks Magdeburg durch einstimmigen Beschluß aller Gewerkschaften gemeinschaftliche Volksbibliotheken errichtet werden, ist die Verwaltung berechtigt, den Betrag, der der Zahl der im Bezirk ansässigen Mitglieder entspricht, an diese Bibliotheken zu zahlen."
6. Verschiedenes.

Eintritt zur Generalversammlung nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches.

Montag den 5. Februar, abends 8½ Uhr
Bezirk Buckau im „Thalia"-Saal, Dorotheenstr. 14.

Tagesordnung:
1. Vortrag über Geschlechtskrankheiten. Ref.: Genosse Dr. med. Thesing.
2. Verbandsangelegenheiten.
3. Verschiedenes

Wir bitten um recht zahlreichen Besuch der vorstehenden Versammlungen und erwarten vor allem, daß die erste Generalversammlung im Jahre 1906 Zeugnis ablegt nicht nur von der Stärke des Verbandes, sondern auch von dem Willen der Mitglieder, im neuen Jahre mit aller Kraft tätig zu sein für den Verband, zum Besten der Kollegen und ihrer Familien.

Die Verwaltung.

Salze. Stadt Hamburg. Salze.

Sonnabend den 3. Februar, abends 8 Uhr

Grosse Volksversammlung.

Tagesordnung: 2471
1. Das preußische Dreiklassenwahlunrecht (Referent: Parteisekretär Gen. Holzapfel).
2. Verschiedenes.

Parteigenossen! Agitiert für guten Besuch dieser Versammlung.

Der Einberufer.

Konsum-Verein „Biene"

für Schönebeck a. d. Elbe u. Umg.

(E. G. mit beschränkter Haftpflicht).

Zu der am **Sonntag den 4. Februar d. J., nachmittags 3 Uhr,** im großen Saal der **„Reichshalle"** anberaumten

Außerordentlichen Generalversammlung

werden die Mitglieder des Vereins hiermit eingeladen.

Tagesordnung:

Wahl eines Lagerhalters für Lager Frohse.

Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuchs.

Der Aufsichtsrat.
Schönau, Vorsitzender.

2448

Heute und folgende Tage bedeutende

Preis-Ermässigung

auf sämtliche

Herren-, Knaben- u. Arbeiter-Garderobe

und 2485

Schuhwaren

B. Wolff

Gelegenheitskauf-Geschäft
Schwertfegerstr. 14.

Gut erhalt. **Kinderwagen** zu verkaufen Helmstedterstr. 23, H. r. 3 Tr.

Danksagung.

Für die vielen Beweise der Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden beim Begräbnis unsrer entschlafenen Tochter 988

Martha

sagen wir hiermit allen Freunden und Bekannten, besonders den Kollegen der städtischen Gasanstalt unsern herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen
Hermann Willberg und Frau.

Am Dienstag abend ¾9 Uhr verstarb nach langem schweren Leiden unser lieber Turngenosse

Otto Frischmuth

Sein ruhiges stilles Benehmen innerhalb unsres Vereins sichert ihm ein ewiges Andenken.

Turnverein „Fichte" Neustadt.

Die Beerdigung findet am Freitag nachm. ½4 Uhr statt.

Standesamt.

Magdeburg-Altstadt, 31. Jan.

Aufgebote: Steingutbrenner Heinr. Bendzulla mit Anna Marie Frida Hartmann in Althaldensleben. Handlungsgeh. Gustav Karl Friedr. Wilh. Ehrecke in Berlin mit Anna Berta Helene Siemann hier. Bergmann Jakob Kropf mit Ida Berta Lohmann in Mansfeld. Oberlehrer Ferdinand Hauffen hier mit Toni Schuchardt in Osterburg. Steuersekretär Albert Busse in Neuhaldensleben mit Antonie Köthen hier. Gerichtssekretär Paul Brackmann in Klötze mit Elisabeth Wullstein hier.

Geburten: Emma, T. des Maschinisten Gustav Krüger. Hilda, T. des Kutschers Andreas Kluczyk. Albert, S. des Packmeisters Wilhelm Stümmel gen. Stockhove. Hilda, T. des Gelbgießers Friedr. Lingner. Margarete, T. des Postboten Andr Hund. Helene, T. des Generalagent. Paul Joachimi. Willi, S. des Schaustell. Gust. Schmidt. Margarete, T. des Arb. Karl Henning. Elsa, T. des Pantoffelmachers Otto Kaemmerer. Herta, T. des Mechanik. Hans Müller. Erna, T. des Eisendrehers August Eifert. Hildegard, T. des Gastwirts Otto Schütze. Hedwig, T. des Schneiders Herm. Brandt. Friedrich, S. des Milit.-Intendantur-Rats Johannes Gaul. Edmund, S. des Bäckereibes. Edmund Schütze. Elli, T. des Lackierers Friedrich Müller.

Todesfälle: Inval. Packer Wilhelm Kindt gen. Beyer, 81 J. 10 M. 4 T. Privatmann Eugen Mager aus Dresden, 62 J. 5 M. 11 T. Arb. Wilhelm Koch, 47 J. 10 M. 11 T. Hedwig geb. Bierstedt, Ehefrau des Architekten Max Rausch, 29 J. 2 M. 6 T. Schneider Wilh. Stampehl, 46 J. 3 M. 28 T. Restaurat. Karl Saalmann, 54 J. 9 M. 18 T. Bote Karl Ficke, 57 J. 2 M. 13 T. Margarete, unehelich, 8 M. 7 T.

Sudenburg, 31. Januar.

Geburten: Elsbeth, T. des Fabrikschlossers Artur Pohlmann. Willi, S. des Arb. Karl Schlüter. Helmut, S. des Zimmergesellen Albert Fricke. Frida, T. unehelich. Elli, T. des Arb. Joh. Ludwig.

Todesfälle: Else, T. des Arbeiters Michael Günther, 19 T. Arbeiter Wilhelm Hinze, 32 J. 10 M. 29 T. Schlosser Paul Wöhlert, 39 J. 1 M. 14 T.

Buckau, 31. Januar.

Aufgebote: Schmied Friedrich Hammermeister mit Luise Kiegeland. Schlosser Gustav Adler hier mit Dorothee Behrens in Ummendorf.

Neustadt, 31. Januar.

Aufgebote: Stellmacher Karl Brandt mit Anna Berta Ida Noll. Steingutdreher August Karl Wilhelm Brandt mit Emma Mensch. Kutscher Otto Paul Max Wagner mit Gertrud Elsbeth Frida Wegner.

Geburten: Fritz, S. des Rangierers Karl Lamprecht. Herta, T. des Elektromonteurs Kurt Wacker. Nanni, T. des Droschkenbesitzers Hermann Wendt.

Todesfälle: Erich, S. des Zimmermanns Hermann Schmidt, 1 M. 7 T. Johanne geb. Riecke gen. Gehle, Ehefrau des Invaliden August Taeger, 78 J. 4 M. 7 T. Installateur Otto Frischmuth, 29 J. 10 T.

Aschersleben.

Geburten: S. des Arbeiters Wilhelm Wahle. T. des Zimmermanns Hermann Wehlast.

Burg, 31. Januar.

Aufgebote: Kaufmann Heinrich Grimm mit Emmi Marie Schütz. Kaufmann Karl Albert Bruno Mewes in Hönningen am Rhein mit Agnes Selma Wendorff hier.

Geburten: S. des Handschuhmachers Albert Ehrhardt. S. des Brauers Paul Hanke. T. des Kaufmanns Paul Buttenberg.

Todesfälle: Walter Kürschner, 2 M. Zuschneider Louis Blumtritt, 55 J.

Quedlinburg.

Vom 24. bis 30. Januar.

Aufgebot: Hüttenarbeiter Heinrich Hirschelmann mit Berta Schlösser geb. Riebenstahl.

Eheschließungen: Tischler Karl Schnabel mit Johanne Schobelt. Maschinist Max Morgenroth mit Luise Traute.

Geburten: T. des Arbeiters Ernst Steinacker gen. Steinäcker. T. des Klempners Friedrich Hohmann. S des Fabrikdirektors Max Wallach. T. des Arbeiters Friedrich Rählert. S. des Arbeiters Friedrich Flemming. T. des Landbriefträgers Andreas Rössing. S. des Schuhmachermeisters Wilhelm Wolff. T. des Fleischers Robert Streithoff. T. des Schneidermeisters Wilhelm Leopold. T. des Gärtners Karl Schoenemann. T. des Postillions Friedrich Beyl. S. des Schmieds Hermann Luchterhand. S. des Wächters Robert Voß. T. des Maurers Karl Wölfer. T. unehelich. S. unehelich.

Todesfälle: Witwe Magdalene Birkenfeld geb. Buchholz, 64 J. Gärtner Konrad Müller, 59 J. Witwe Dorothee Faust geb. Appenroth, 64 J. Witwe Emilie Schinzel geb. Rieschel, 57 J. Lina, T. des Arb. Karl Hedermann, 5 J. Elisabeth Utpadel, unverehel., 18 J. Rentnerin Witwe Anna Ziegler geb. Dammköhler, 74 J. Witwe Friederike Heideke geb. Mohr, 61 J. Fritz, S. des Arbeiters Heinrich Rieling, 19 J.

nationalen Arbeit ist. Im Interesse der „nationalen Arbeit“ liegt nicht die Verteurung der Rohstoffe, sondern deren Verbilligung. Aber als man bei dem Zolltarif von dem Schutze der nationalen Arbeit sprach, war es nichts weiter, als der breiten Masse Sand in die Augen zu streuen zu ihrer Plünderung und Ausbeutung. (Stürmischer Beifall.)

Noch ist die Gefahr für uns nicht vorüber. Die Reichsregierung braucht für ihre Flotten- und Weltpolitik Geld, und der Tabak ist von jeher das Lieblingssteuerprojekt der Staatssekretäre gewesen. Von der ersten Lesung in der Kommission bis zur zweiten Lesung im Plenum kann noch mancher Kuhhandel betrieben werden. Darum dürfen wir nicht einschlafen. Gleich wenn wir heimkommen und Bericht erstatten, müssen wir die Massen auf die Gefahren hinweisen und sie aufrütteln.

In dem Kampf gegen die Steuervorlage waren es der Tabakarbeiterverband, der Sortiererverband und an ihrer Seite der Senefelderbund, welche die Führung hatten. Aber die sogenannten „Christlichen“ haben es nicht für nötig gehalten, sich an unsre Seite zu stellen, mit uns, ihren Mitausgebeuteten, gemeinsam Protest zu erheben. (Zuruf.) Damit haben sie dazu beigetragen, daß dieser Protest nicht als ganz vollgültig bezeichnet werden könnte. Es soll ihnen hier kein Vorwurf gemacht werden, aber gesagt muß es ihnen werden, daß sie bei einer solchen Gefahr an unsre Seite gehören. (Lebhafte Zustimmung.)

Geloben wir, weiter für unsre Organisationen zu wirken, dann werden wir imstande sein, künftig derartige Pläne noch leichter abzuschlagen und die Massen der Arbeiter zu besseren Lebensverhältnissen zu führen. (Stürmischer Beifall.)

Hierauf schloß um 6½ Uhr der Vorsitzende Wilh. Börner-Berlin den Kongreß mit einem Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiterverband. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg 1. Januar 1906.

— **Die Polizeiaktion am 21. Januar und die Stadtverordnetenversammlung.** Seitens unsrer Genossen im Stadtparlament ist folgende Anfrage an den Magistrat gerichtet worden:

Ist dem Magistrat bekannt, daß das Polizeipräsidium am 21. Januar d. J. vor, während und nach dem Schluß der im „Luisenpark“ stattgehabten Volksversammlung umfassende Absperrungsmaßregeln vorgenommen hat, durch die die Bevölkerung in ihrer Bewegungsfreiheit erheblich beeinträchtigt und die Geschäftswelt geschädigt worden ist? Gedenkt der Magistrat gegen eine Wiederholung derartiger Maßnahmen Schritte zu tun?

Dem „mittelbaren Staatsbeamten“ an der Spitze unsres Gemeinwesens wird — so hoffen wir — die Anfrage erwünschte Gelegenheit geben, einmal in deutlicher Weise dem Empfinden der Bürgerschaft über die Polizeimaßnahmen Ausdruck zu geben. Auch die bürgerliche Presse Magdeburgs wird sich freuen, denn sie hat nun Gelegenheit, der Absperrungstaktik der Polizei Erwähnung zu tun, ohne befürchten zu müssen, darum das Wohlwollen der Polizei zu verlieren. —

— **Achtung, Metallarbeiter!** Telegraphisch teilt uns der Bezirksleiter Zernicke vom Deutschen Metallarbeiterverbande mit, daß in den Niederlausitzer Fahrradwerken zu Finsterwalde sämtliche Metallarbeiter ausgesperrt worden sind. Von den Magdeburger Kollegen erwarten die Ausgesperrten, daß keiner sich zum Arbeiterverrat gebrauchen läßt. —

— **Achtung, Dachdecker!** Vom 1. Februar ab beträgt die Arbeitszeit 8 Stunden, von morgens 7½ Uhr bis abends 5 Uhr. Frühstückpause von 8½ bis 9 Uhr. Am Sonntag den 4. Februar, morgens 11 Uhr, findet bei Prautsch eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, auf welche hiermit besonders aufmerksam gemacht wird. —

— **Achtung, Schuhmacher!** Am Montag den 5. Februar, abends 8½ Uhr, findet in der „Krone“, Moldenstr. 44/45, eine öffentliche Schuhmacherversammlung statt. Die Vorgänge in der Schuhfabrik von Herm. Gründberg u. Co. sowie die Mißstände in den übrigen Schuhfabriken sollen besprochen werden. Wir fordern die Schuhmacher Magdebugs, vornehmlich die Fabrikschuhmacher, auf, für zahlreichen Besuch dieser Versammlung zu agitieren. —

— **Zu der Berichtigung des Herrn Behling** schreibt uns die Verwaltung des Holzarbeiterverbands:

Im März 1905 bei der allgemeinen Lohnbewegung erhielt auch Herr Behling die allgemeinen Forderungen zugestellt, er bewilligte nicht, worauf seine Leute, mit Ausnahme des Tischlers Götz, in den Ausstand traten. Später machte B. einige Zugeständnisse, worauf bei ihm, wie in andern Betrieben wo annehmbare Zugeständnisse gemacht worden waren, die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Sämtlichen Arbeitern, die anfingen, wurde gesagt, die Arbeit wird unter der Bedingung aufgenommen, daß, wenn ein Vertrag zustande kommt, dieser auch für diese Betriebe Geltung hat. Mit Ausnahme von Behling sind die übrigen Arbeitgeber dem auch nachgekommen. Wer nun vertragsbrüchig geworden ist, wird für jeden unparteiischen Beurteiler klar sein. Aehnlich steht es mit der Behauptung, der Drechsler S., welcher auf den vertraglichen Bestimmungen ab 1. Januar bestand, sei wegen ungenügender Leistungen entlassen worden — nachdem der Mann 18 Wochen bei ihm in Arbeit gestanden hat. Ein Arbeiter, welcher zur Arbeit unfähig ist oder seinen Lohn nicht verdient, wird von keinem Arbeitgeber 18 lange Wochen beschäftigt und wenn er selbst Behling heißt. Das Suchen von Hirsch-Dunckerschen oder nichtorganisierten Drechslern beweist überhaupt zur Genüge, was in diesem Betrieb zu erwarten ist. —

— **Die Ferien in den städtischen Schulen** sind von der Schuldeputation für das laufende Jahr in dieser Weise festgesetzt worden:

Die Osterferien für die höheren Schulen und die Bürgerschulen dauern vom Mittwoch den 4. April bis Donnerstag den 19. April, für die evangelischen Volksschulen vom Freitag den 6. April bis Donnerstag den 19. April, für die katholischen Volksschulen vom Mittwoch den 11. April bis Dienstag den 24. April,

die Pfingstferien für die höheren Schulen und Bürgerschulen vom Freitag den 1. Juni bis Donnerstag den 7. Juni, für die Volksschulen vom Freitag den 1. Juni bis Freitag den 8. Juni,

die Sommerferien für die höheren Schulen und Bürgerschulen vom Sonnabend den 7. Juli bis Dienstag den 7. August, für die Volksschulen vom Sonnabend den 7. Juli bis Montag den 6. August,

die Herbstferien für die höheren Schulen und Bürgerschulen vom Sonnabend den 29. September bis Dienstag den 16. Oktober, für die Volksschulen vom Sonnabend den 29. September bis Montag den 15. Oktober,

die Weihnachtsferien für die höheren Schulen und Bürgerschulen vom Sonnabend den 22. Dezember bis Dienstag den 8. Januar, für die Volksschulen vom Sonnabend den 22. Dezember bis Donnerstag den 3. Januar. —

— **Wie die Inhaber kaufmännischer Geschäfte ihre Angestellten einschätzen,** sieht man wieder einmal an einer Eingabe, die der hiesige Verein selbständiger Kaufleute an den Bundesrat gemacht hat. Besagter Verein tritt für eine Abänderung des § 63 des Handelsgesetzbuches ein. Angeblich, weil die Auslegung dieses Paragraphen in der Praxis nicht ohne Widersprüche geblieben sei, tatsächlich aber weil den Herren die Bestimmung mißfällt, nach der Handlungsgehilfen im Erkrankungsfalle für sechs Wochen Gehalt ausgezahlt werden muß. Die Magdeburger Kaufleute verlangen, daß dieser Paragraph dahin abgeändert wird, daß der Betrag aus der Kranken- und Unfallversicherung abgezogen werden darf, während das Gehalt selbst nicht gekürzt werden darf. Diese Forderung wird nun in dieser Weise begründet:

Wenn man immer mit Bezug auf die Angestellten vom Schutze der „wirtschaftlichen Schwächeren“ sprechen will, so ist denn doch noch sehr zu erwägen, ob nicht der Inhaber des kleinen Geschäfts in ungemein vielen Fällen als der „wirtschaftlich Schwächere“ gegenüber seinem Gehilfen zu bezeichnen ist. Es darf doch auch der Umstand nicht außer acht gelassen werden, daß die Arbeitgeber bei der Krankenversicherung gesetzlich ein Drittel der Beiträge, bei der Unfallversicherung die vollen Beiträge zu zahlen haben. Gegenüber diesen Pflichten ist es nur ein Gebot der Gerechtigkeit, daß man den Prinzipalen wenigstens einige Rechte gegenüber ihren Handlungsgehilfen läßt. Hinzu kommt ferner, daß gerade für die versicherungspflichtigen Handlungsgehilfen sich eine Kündigungsfrist von 4 Wochen im Handel eingebürgert hat. Sobald nun der Handlungsgehilfe durch irgend einen Zufall davon Kenntnis erlangt oder bei ihm die Vermutung auftaucht, daß er gekündigt werden könnte, meldet er sich krank und zwingt so seinen Prinzipal, ihm für die Dauer von 6 Wochen das Gehalt zu zahlen. Derartige Fälle sind sehr häufig. Der untüchtige Handlungsgehilfe verschafft so sich einen doppelten Vorteil, während es dem pflichtgetreuen unmöglich ist, etwa die Bezüge der Krankenkasse sich zu sichern und dabei doch teilweise seinen Dienst zu tun, da ihm dann die Krankenkasse mit Entziehung der Beiträge droht. Dem pflichtgetreuen Handlungsgehilfen gegenüber wird auch der Prinzipal kaum jemals von dem Rechte Gebrauch machen, ihm im Falle der Erkrankung das Gehalt oder die Beiträge aus einer Kranken- oder Unfallversicherung abzuziehen. Bei der immer größer werdenden Zahl der Simulanten und sonstigen untüchtigen Elemente im Handlungsgehilfenstande ist es indessen durchaus notwendig, daß dem Prinzipal Mittel in die Hand gegeben werden, wodurch er sich schützen kann. Dies ist aber nur dann möglich, wenn es ihm zum Mindesten gestattet wird, mit dem Handlungsgehilfen zu vereinbaren, daß er letzterem im Falle der Erkrankung die Beiträge aus einer Kranken- oder Unfallversicherung vom Gehalt abzieht. Von einer Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz der Handlungsgehilfen kann bei einer solchen Reglung keine Rede sein, da ihnen außer dem vollen Gehalt noch freier Arzt und freie Arzneimittel gesetzlich zustehen.“

Jede Zeile dieser anmaßenden Begründung verrät den Verfasser, den kleinen Scharfmacher Dr. Möbius mit dem großen Renommierschmiß im edlen Antlitz. Was wohl die Handlungsgehilfen dazu sagen werden? —

— **Amtliche Volkszählungsergebnisse.** Mit äußerster Beschleunigung hat es das königliche Statistische Landesamt ermöglicht, bereits jetzt in einer Sonderausgabe der „Statistischen Korrespondenz“ das vorläufige Ergebnis der Volkszählung vom 1. Dezember v. J. für die preußischen Städte mit zehntausend und mehr Bewohnern zu veröffentlichen und mit den Ergebnissen früherer Zählungen zu vergleichen.

Danach ist die Zahl der Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern in Preußen auf 262 gestiegen gegen 245 im Jahre 1900, 223 in 1895, 205 in 1890, 196 in 1885 und 137 im Jahre 1871; sie ist also in schnellem Wachsen und seit zwanzig Jahren um 66 (= 34,2 v. H.) gestiegen. Diese 262 Städte zählten am 1. Dezember 1905 eine ortsanwesende Bevölkerung von 13 314 149 Personen, was gegen die fünf Jahre vorher ermittelte Bewohnerschaft eine Zunahme um 16,96 v. H. ausmacht. Im Jahre 1900 waren 11 383 Millionen Menschen in den Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern gezählt worden, 1890 8,297 Millionen, 1880 6,074 Millionen und 1871 4,409 Millionen. Seit der Errichtung des Deutschen Reiches hat sich die Zahl der größeren Städte Preußens fast verdoppelt, die der Bewohner dieser Städte aber verdreifacht. Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern waren 28 vorhanden, solche mit 50 000 bis 100 000 26, 89 Städte hatten 20- bis 50 000 Einwohner und 119 zwischen 10 000 und 20 000. In den einzelnen Städten war die Bevölkerungsveränderung sehr ungleichmäßig; 225 Städte hatten eine Zunahme, 7 eine Abnahme. Unter den letzteren hatte Ratwitsch einen Rückgang in der Zahl der ortsanwesenden Bevölkerung um — 3,32 v. H., nachdem bereits die Zählung von 1900 einen Rückgang um — 5,02 v. H. ergeben hatte, ferner Eupen einen solchen um — 4,88 (1900: — 5,39), Hohensalza — 6,08 (dagegen 1900: + 26,35) v. H. und Staßfurt um — 8,51 (+ 5,43 v. H.) Die bei weitem stärkste Zunahme hatte dagegen Rixdorf mit 65,90 v. H., demnächst Schöneberg mit 46,87, Kiel mit 34,36, Köpenick mit 32,48, Lehe mit 30,98, Recklinghausen mit 30,49, Zoppot mit 30,27 v. H. usw. —

— **Unfälle.** Der Hilfsbremser Albrecht Bierotte aus Sudenburg befand sich am Mittwoch auf dem Buckauer Bahnhof auf einem Eisenbahnwagen, plötzlich bekam der Wagen durch Anhängen eines andern Wagens einen kräftigen Stoß, der p. Bierotte fiel herunter und wurde über den rechten Fuß gefahren, so daß er eine Quetschung desselben erlitt. Er fand Aufnahme in die Krankenanstalt Sudenburg. — Mittwoch abend brach sich in seiner Wohnung in der Stephansbrücke der Lokomotivführer Wilhelm Ehrecke infolge Fallens vom Stuhl, auf dem er gestanden, das rechte Bein. Er fand in der Krankenanstalt Altstadt Aufnahme. —

— **Lebensüberdruß?** Das Dienstmädchen Elisabeth Rohde, im Hause Olvenstedterstraße 65a in Stellung, unternahm Donnerstag vormittag aus unbekannten Gründen einen Selbstmordversuch, indem es Lysol trank. In schwer verletztem Zustande wurde die Lebensüberdrüssige in das Krankenhaus Altstadt gebracht. —

— **Ein Wasserrohrbruch** erfolgte am Mittwoch bei dem Kanalbau vor dem Grundstück Insleberstraße 10, infolgedessen ein Teil des Fahrdamms und des Trottoirs um zirka 1½ Meter einsank. Das so plötzlich entstandene Loch wurde vorläufig mit Brettern belegt und weiterer Wasserausfluß durch Abstellen des Hauptrohres verhindert. —

Kleine Chronik.

Ein Unteroffizier als Spitzbube.

Wegen schweren Einbruchs verurteilte das Oberkriegsgericht in Breslau den Unteroffizier Paul Czwiezuik vom Husaren-Regiment Nr. 6 in Leobschütz zur Degradation, Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes und zu 5 Monaten Gefängnis. Der Unteroffizier hatte dem Husaren Tost ein Paar Extrastiefel im Wert von 34 Mk. durch Einbruch in das Spind des Soldaten entwendet. —

Typhus und schwarze Pocken.

Der Typhus ist im Feldartillerieregiment in Saarlouis ausgebrochen. Es wurden bereits zehn Soldaten ins Lazarett eingeliefert. — Bei mehreren Familien in dem Hochwalddorf Damilos sind die schwarzen Pocken aufgetreten. Die Seuche wurde aus Luxemburg eingeschleppt. —

Bergmannslos.

Durch herabstürzendes Gestein wurden auf der Zeche „Freivogel“ in Dortmund vier Bergleute schwer und einer davon tödlich verletzt. —

Bei einer Explosion getötet.

Mittwoch früh explodierte ein Dampfkessel des Ignatzschachtes in Marienberg bei Mährisch-Ostrau. Drei Heizer wurden getötet, vier Personen schwer verletzt, ein Mann wurde verschüttet. —

Ein Sektgelage und seine Folgen.

Bei einem Jagdessen in Schleudits sprach man auch eifrig dem Sekt zu. Einer der Teilnehmer kam nun auf die Idee, daß jeder das entleerte Sektglas an den Ofen werfen solle, wo es zerschellen müsse, widrigenfalls den Werfer eine Zechstrafe treffen sollte. Bei Ausübung dieses „Sektglaswerfens“ traf einer der Jäger einen Sattlermeister mit solcher Wucht mit dem Glase an den Kopf, daß die Glassplitter in diesem stecken blieben. Die Verletzungen waren so schwer, daß die Aerzte nicht helfen konnten. Der Sattlermeister starb bald darauf unter furchtbaren Schmerzen. —

Unglücksfälle.

Auf dem Gute Alt-Altmannsdorf in Schlesien brach im Pferdestall Feuer aus, wobei der 25 Jahre alte Pferdeknecht Gotischlich und zehn Pferde im Rauch erstickten. — In Kleinrosseln in Lothringen stießen zwei Güterzüge aufeinander. Ein Heizer wurde leicht, ein Arbeiter schwer verletzt. —

Wahnsinnstat einer Mutter.

Ein Familiendrama spielte sich in Baden-Baden ab. Die Ehefrau des Schutzmanns Merker, der seine Familie verlassen hatte, erhängte ihre drei Kinder im Alter von wenigen Wochen bis zu drei Jahren. Hierauf versuchte die Frau sich selbst zu erhängen, sie wurde aber noch rechtzeitig an ihrem Vorhaben gehindert. Die Unglückliche verübte die Schreckenstat in einem Anfalle von Geistesstörung.

Letzte Nachrichten.

Die russische Revolution.

* Warschau, 1. Februar. Die Lage in Lodz ist wieder sehr bewegt geworden. Die Sozialisten und Arbeiter veranstalteten große Straßenkundgebungen, um gegen die Reichsduma zu demonstrieren. Die Volksmenge in Lodz erzwang Eingang in die Räumlichkeiten des Wahlkommissars und zerriß allerlei Dokumente, welche für die Wahlen vorbereitet waren, darunter einige tausend Stimmzettel. 30 000 Arbeiter streiken in Lodz. —

Hd. Petersburg, 1. Februar. In Tiflis sind neue ernste Unruhen ausgebrochen. Es kam zwischen Armeniern und Mohammedanern mehrfach zu einem Handgemenge, wobei zahlreiche Personen getötet oder verwundet wurden. Die Truppen sind zu gering an Zahl, um einschreiten zu können. Zahlreiche Läden wurden geplündert. —

* Odessa, 1. Februar. Die Bevölkerung von Mingrelien, Gurien und Inguschi ist in den Aufstand getreten. — Der Prozeß gegen den Leutnant Schmidt, den Führer des Marineaufstandes in Sebastopol, wird am 16. Februar in der Festung Otschakow verhandelt werden. Die Behörden tragen Bedenken, Schmidt nach Kertsch oder Sebastopol zu bringen. Seine Verteidiger, die Advokaten Resnikow und Theodosiew, wurden auf Befehl des Kommandanten ausgewiesen. Theodosiew ist ein Sohn des ehemaligen Hauptkommandierenden des Schwarzmeer-Geschwaders. Alle Advokaten protestieren energisch gegen diese Maßreglung. —

* Riga, 31. Januar. Bei der Ueberführung aus dem Bureau der Sicherheitspolizei nach dem Zentralgefängnis wollten mehrere Gefangene entfliehen. Zwei wurden durch die Begleitmannschaften getötet, einem dritten gelang es zu entkommen. —

Hd. **Petersburg, 1. Februar. Die Nachrichten aus Riga lauten wieder sehr ernst. Die Revolution hat von neuem begonnen. Infolgedessen hat der dortige Gouverneur um Truppen gebeten.** —

Hd. Berlin, 1. Februar. Dem Reichstag ist die versprochene Denkschrift über die Ursachen des Aufstandes in Deutsch-Ostafrika zugegangen, welche der Gouverneur Graf Götzen ausgearbeitet hat. In der Denkschrift wird dargelegt, wie der Aufstand eine interne deutsch-ostafrikanische Bewegung sei von „rein heidnischer“ Natur. Die militärische Macht sei unzulänglich gewesen, der Aufstand völlig unerwartet gekommen. Der „Zauberglaube“ sei bei weitem das wirksamste Mittel gewesen. Die Bewaffnung der Aufständischen bestehe aus alten Vorderladergewehren, Bogen mit teilweise vergifteten Pfeilen und Speeren. Eine gewisse Unzufriedenheit des Volkes mit den wirtschaftlichen Verhältnissen sei hinzugekommen, welche durch die neue Herrschaft des weißen Mannes herbeigeführt sei. Das einzige Mittel zur Weiterentwicklung des Landes seien Eisenbahnen. —

Hd. Berlin, 1. Februar. Professor Robert Koch hielt gestern abend in der Berliner medizinischen Gesellschaft einen wissenschaftlichen Vortrag über die Ergebnisse seiner vorjährigen Forschungsreise in Ostafrika, soweit sie das in unsrer Kolonie einheimische Rückfallfieber betreffen. Nach Kochs Ansicht ist ganz Deutsch-Ostafrika vom Rückfallfieber verseucht. Die Behandlung hat bisher keine Erfolge zu verzeichnen, doch hält Koch es nicht für ausgeschlossen, daß man, wie bei der Malaria, ein spezifisch wirkendes Mittel oder ein Serum finden werde. —

Hd. Paris, 1. Februar. Anläßlich der Inventaraufnahme kam es in der Kirche Saint Roch zu großen Ausschreitungen. Der Beamte wurde mit zerrissenem Rock und zerzaustem Haar auf dem Boden geschleift und dann hinausgestoßen. Der Deputierte Archdeacon und der Gemeinderat Billard wurden als Aufwiegler vor den Polizeikommissar gebracht. In der Hauptkirche des Parmer Bezirks kam es zu Schlägereien, wobei der Pfarrer, welcher den Beamten schützen wollte, mehrere Hiebe mit Stöcken und Schirmen erhielt. Die gestrigen Vorfälle werden heute in der Kammer zur Sprache kommen. —

Hd. Tokio, 1. Februar. Im Budgetausschuß erklärte der Kriegsminister in Beantwortung einer Anfrage, daß auf Grund des englisch-japanischen Vertrages die japanische Regierung England ersuchen werde, seine militärische Organisation einer Reform zu unterziehen. —

* Dresden, 1. Februar. Bei Beratung des Polizei-Etats sprach gestern die Erste Kammer den Polizeibehörden und namentlich den Unterbeamten, die bei den Wahlrechtsdemonstrationen „Leib und Leben riskiert“ hätten, ihren Dank für „Pflichttreue und Besonnenheit“ aus. Sollten sich derartige Demonstrationen wiederholen, so müßte man Maßregeln erwägen, diese Beamten und eventuell deren Angehörige sicherzustellen. — Für die „Besonnenheit“ der Polizisten haben die vielen Prozesse drastische Belege geboten. —

* **Straßburg, 1. Februar. Wie die „Straßb. Post“ erfährt, sind die militärischen Vorsichtsmaßregeln, die letzten Sonntag in Elsaß-Lothringen wegen der sozialdemokratischen Wahlrechts-Demonstrationen getroffen worden waren, von Berlin aus befohlen worden.** —

Magdeburg. Erbsen (gelbe, zum Kochen) 18,00—22,00 Speisebohnen (weiße) 28,00—41,00. Linsen 30,00—65,00. Eßkartoffeln 5,00—6,00. Richtstroh 4,00—5,00. Krummstroh 3,00 bis 3,50. Heu 6,00—7,00. Alles für 100 Kilogramm. Rindfleisch im Großhandel 0,97—1,08, von der Keule 1,60—1,80. Bauchfleisch 1,40—1,50, Schweinefleisch 1,60—1,80, Kalbfleisch 1,40—1,60, Hammelfleisch 1,40—1,60. Speck (geräuchert) 1,60—1,80. Eßbutter 2,40 bis 2,80. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 4,60—5,40. —

H. Lublin

Donnerstag
Freitag
Sonnabend

Restbestände

Donnerstag
Freitag
Sonnabend

Barchent- und Woll-Blusen

Velourbarchent-Blusen 90 Pf.
in karierten Dessins, schräg verarbeitet
Restbestand

Körperbarchent-Blusen 1.35
in verschiedenen Ausführungen, mit Falten und Säumchen garniert
Wert bis 2.00 Restbestand

Velour- u. Köperbarchent-Blusen 1.85
in gestreiften und karierten Dessins, sehr elegant verarbeitet
Wert 2.50 Restbestand

Velour- u. Eiderbarchent-Blusen 2.50
in prima Stoffen, aparte Muster, in bester Verarbeitung
Wert 3.75 Restbestand

Gezwirnte Barchentblusen 3.75
in hochaparten gestreiften und karierten Dessins, mit Paspel- u. Schleifengarnierung
Wert bis 5.00 Restbestand

Eiderbarchent-Blusen 4.50
Prima Stoff, hochaparte Dessins, eleganteste Verarbeitung
Wert 6.25 Restbestand

Gemusterte Wollblusen 3.50
aus prima Zibelinestoff, Vorderteil in breiter Falte und Knopfverzierung
Wert 5.00 Restbestand

Gemusterte Wollblusen 4.75
Foulé- und Lamastoff, in hellen und dunklen Dessins, schick verarbeitet
Wert 6.00 Restbestand

Gemusterte Wollblusen 6.25
in gestreiftem und kariertem Lamastoff, in hochaparter Verarbeitung
Wert 8.00 Restbestand

Damen-Unterröcke

Damentuch-Unterröcke 1.00
Volant, 3 mal mit schwarz-weißer Litze garniert
Wert 1.40 Restbestand

Eiderbarchent-Röcke 1.40
karierte Muster, breiter Volant, mit Handlanguette
Extrapreis

Damentuch-Unterröcke 1.95
mit breitem plissiertem Volant, 5 mal mit schwarz-weißer Soutache besetzt
Wert 2.75 Restbestand

Köpertuch-Unterröcke 3.00
mit hohem Plissee-Volant, mit zweifarbiger Litze reich garniert
Wert 4.25 Restbestand

Damen-Unterröcke aus woll. Velourstoff, mit Tresse reich garniert und aus prima Köperbarchent, Volant in 10 Reihen mit schwarzer Litze garniert 3.50
Wert 4.75 Restbestand

Moiré-Unterröcke 2.90
mit baumwollenem Flanellfutter verarbeitet mit hohem Volant
Wert 3.75 Restbestand

Damen-Unterröcke 2.75
aus Satin mit Seidenglanz, mit baumwoll. Flanellfutter, mit hohem Volant, reich garniert
Wert 3.50 Restbestand

Damen-Unterröcke 3.40
aus prima Satin, mit baumw. Flanellfutter mit hohem Volant, mit Säumchen garniert
Wert 4.75 Restbestand

Damen-Unterröcke 4.75
aus bestem Satin, mit baumw. Flanellfutter Volant mit Frisur, sehr reich mit Säumchen verarbeitet
Wert 6.50 Restbestand

Kostüm-Röcke

Kostüm-Röcke 3.75
aus schwarz-grau gemustertem Stoff, in 3 Reihen mit Tressen garniert
Wert 5.00 Restbestand

Kostüm-Röcke 6.75
aus schwarzem Cheviot, Satintuch, Diagonalstoff, mit Tressen, Blenden in verschiedenen Ausführungen
Wert 8.50 Restbestand

Kostüm-Röcke 4.50
aus schwarzem Tuch, Cheviot, mit Tressen reich garniert
Wert 4.75 Restbestand

Kostüm-Röcke 9.60
in schwarz-weiß gemustertem Wollstoff, mit Stoffblenden und seidenen Tressen garniert, und aus prima Satintuch, mit plissierter Atlasblende in 3 Reihen garniert
Wert 12.00 Restbestand